Bezugs-Preis
für Halle und Giebichenstein 2,50 Mark,
durch die Post bezogen 3 Mark für das Vierteljahr.
Die Hallesche Zeitung erscheint wochentäglich zweimal.
Gratis-Beilagen:
Illustrirtes Unterhaltungsblatt, Hallescher Courier,
Landwirthschaftliche Mittheilungen,
Amtliche Bekanntmachungen für den Saalkreis,
Amtl. Bekanntm. d. Landwirthschaftsk. f. d. prov. Sachs.

Morgen- Ausgabe.

Anzeige-Gebühren
für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum
für Halle 15 Pfennig, sonst 20 Pfennig.
Reklamen am Schluß des redaktionellen Theils die Zeile
40 Pfennig.
Anzeigen-Annahme bei der Expedition und allen Annoncen-Expeditionen.
Fernsprechverbindung mit Berlin, Leipzig, Magdeburg rc.
Anschluß Nr. 158.

Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen und die angrenzenden Staaten.

Nr. 59. — Jahrg. 192. | **Halle a. S., Sonnabend 4. Februar 1899.** | Redaktion u. Expedition: Halle a. S., Leipzigerstr. 87. Berliner Bureau: Berlin SW., Hedemannstr. 8.

Deutsches Reich.

* **Der Kaiser** nahm Donnerstag Nachmittag an einem Lawn-Tennis-Spiel theil. Zur Abendtafel bei den Majestäten waren geladen Prinz und Prinzessin Adolf zu Schaumburg-Lippe, Prinz und Prinzessin Friedrich Ferdinand zu Schleswig-Holstein und Prinz Albert zu Schleswig-Holstein. Gestern Morgen um 10½ Uhr unternahm der Kaiser den gewohnten Spaziergang in Thiergarten und besuchte um 7 Uhr das Diner beim Oberpräsidenten, Staatsminister v. Achenbach. — Zu dem Diner waren etwa 130 Einladungen ergangen. Der Kaiser, in der Uniform des 1. Garde-Rgts. z. F. mit der Kette des Hohenzollern-Ordens und dem Stern des Schwarzen Adler-Ordens, saß zwischen dem Oberpräsidenten Dr. v. Achenbach und dem Landesdirektor a. D. Dr. v. Levetzow; nach links folgten Prinz Friedrich Heinrich und der Vorsitzende des Provinzial-Ausschusses Graf v. Willamowitz-Möllendorff, nach rechts der Erbprinz von Hohenzollern und Regierungspräsident Graf Hue de Grair. Gegenüber Sr. Majestät saß der Landesdirektor Frhr. v. Manteuffel zwischen dem Vizepräsidenten des Staatsministeriums Dr. v. Miquel und dem kommandirenden General v. Liegnitz einerseits und dem Minister v. d. Recke und dem Oberhofmarschall Grafen A. zu Eulenburg andererseits. Oberpräsident Dr. v. Achenbach brachte den ehrerbietigsten Dank der Versammelten für das Erscheinen des Kaisers zum Ausdruck und schloß mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf den Monarchen. Se. Majestät erwiderte in längerer Ausführung und schloß mit einem Hoch auf die Mark Brandenburg, das jubelnden Widerhall fand. Erst gegen 11 Uhr schloß das Fest.

* Die **Kaiserin Friedrich** wird bis Mitte März in Bordighera weilen. Von dort wird sie sich auf zehn Tage nach Florenz und dann nach Rom begeben, wo sie die Ostern zu verbringen gedenkt.

* Der **Kaiser** sandte dem Sultan aus Anlaß der Konzession zum Bau eines Kabels von Konstantinopel nach Constanza ein Danktelegramm.

* Der russische Botschafter **Graf v. d. Osten-Sacken**, der, wie mitgetheilt, bei dem letzten Hofball von einer Ohnmacht befallen wurde und aus dem Saal getragen werden mußte, befindet sich auf dem Wege der Besserung. Der Botschafter durfte gestern Nachmittag bereits wieder das Bett verlassen.

* Die „Neue Berl. Korr." schreibt: Das in Umlauf gesetzte Gerücht, daß der Präsident der Seehandlung, Exzellenz **von Burchard**, seine Entlassung nehmen wolle, entbehrt, wie wir aus bester Quelle hören, jeder Begründung. In unterrichteten Kreisen erblickt man in diesem Gerücht nur einen ballon d'essai einer bekannten Finanzgruppe, die der Meinung ist, Herr von Burchard sei mit dem vor einigen Tagen zwischen den leitenden Finanzstellen des Reiches und Preußens einerseits und der Deutschen Bank andererseits abgeschlossenen großen Finanzgeschäft nicht einverstanden. Diese letztere Annahme ist so willkürlich, wie die über Herrn von Burchards Amtsmüdigkeit. Wie wir positiv mittheilen können, hat auch der Präsident der Seehandlung, Herr von Burchard, vor Abschluß des erwähnten Finanzgeschäftes ein Gutachten abgegeben, das in durchaus zustimmendem Sinne lautete.

* Der Ministerialdirektor im Ministerium des Innern, **Dr. v. Bitter**, hat sich genöthigt gesehen, einen mehrwöchigen Urlaub nachzusuchen und nach der Riviera zu reisen, um die Nachwirkung eines schweren Grippenanfalles auszugleichen und sich vollends zu erholen.

* Das Preußische **Landes-Oekonomie-Kollegium** ist zum 27. Februar einberufen worden. Auf die Tagesordnung sind vorläufig folgende Punkte gesetzt: Entwickelung des Etats der landwirthschaftlichen Verwaltung und Verhältniß der Staatsbeihilfe zu den Leistungen der Landwirthschaftskammern und Provinzialverbände; Zweckmäßigkeit der seitherigen Verwendung der Staatsbeihilfe auf den Gebieten der allgemeinen Landeskultur und der Rindvieh-, Schweine- und Schafzucht; Nutzbarmachung der Hochmoore mit besonderer Berücksichtigung der Kolonisation.

* Während des zweiten Hofballes meldete sich, wie wir schon mittheilten, u. A. der frühere Oberpräsident Graf Udo Stolberg bei dem Kaiser als neuernannter General-Major. Er wurde von dem Monarchen in ein Gespräch gezogen und bei dieser Gelegenheit brachte der Kaiser die Rede auf den **Berlin-Stettiner Großschiffahrtsweg**. Der Kaiser erörterte die Frage eingehend und wusch sich, wie verlautet, abermals zu Gunsten der Ostlinie aus.

* **Stellvertretungskosten für Parlamentsmandate.** Die Frage, wer die Stellvertretungskosten für den Reichs- und Landtagsabgeordneten Gymnasialprofessor Pauli zu zahlen hat, wird, wie der „Berl. Volksztg." aus Eberswalde geschrieben wird, nunmehr durch das Oberverwaltungsgericht entschieden werden.

* **Zur Berliner Oberbürgermeister-Frage.** Dieser Tage fand eine vertrauliche Besprechung der Magistratsmitglieder statt, an welcher Herr Kirschner nicht theilnahm. Der „Freis. Z." zufolge will man Herrn Kirschner bis zum Amtsantritt als Oberbürgermeister für die Vertretung des Letzteren eine besondere monatliche Entschädigung von 1000 Mark gewähren.

* Im **Reichspostamt** ist, sicherm Vernehmen nach, eine umfangreiche Denkschrift über die Grundzüge der geplanten Personalreformen ausgearbeitet worden. Man nimmt an, daß dieselbe zur Erläuterung der schwierigen Personalverhältnisse diene und auch den gesetzgebenden Faktoren des Reiches zugehen werde.

* **Friedensbestrebungen?** Eine seltsame Petition an den Reichstag ist im Umlauf. Danach wird das hohe Haus gebeten, es möge dem Reichskanzler die sichere Erwartung aussprechen, daß die Regierung des Deutschen Reiches, was an ihr liege, dazu beitrage, daß der Plan des Kaisers von Rußland, den Rüstungen ein Ziel zu setzen, volle Wahrheit werde. Die Regierung des Deutschen Reiches möge ferner mit Einsetzung ihrer ganzen Kraft und Autorität für Einführung des Grundgesetzes des Rechtes in die Beziehungen der Völker und Staaten durch internationale Schiedsgerichte eintreten. Man kann der Petition prinzipiell wohl zustimmen, aber verhängnißvoll wäre es, wollte man sich einer Täuschung darüber hingeben, daß die Friedensgarantien in anderen Dingen besser gewährleistet sind, als in einem starken Heere und einer schlagfertigen Marine. Wohl ist es in diesem Jahrhundert in zahlreichen Fällen möglich gewesen, durch Schiedssprüche Streitigkeiten zum Austrag zu bringen, aber selbst die kleinen Kriege im Orient haben gleichzeitig bewiesen, daß es Gegensätze giebt, die von vornherein ungeeignet für Schiedssprüche sind, weil es unter den Völkern verschieden geartete Rechtsanschauungen giebt. Beide kriegführenden Parteien haben von jeher Gott zum Zeugen dafür aufgerufen, daß das Recht auf ihrer Seite sei, und beide im besten Glauben. So hart es erscheint, es ist dennoch so, wie Moltke sagte: „Der Krieg ist ein Theil der von Gott eingesetzten Weltordnung." Die höher kultivirten Völker drängen niedriger stehenden Gruppen im Interesse der ganzen Menschheit Sitten, Rechtsanschauungen und Befreiung von Vorurtheilen auf und geht es nicht in Güte, so braucht man Gewalt. Ueberlebte Kulturen müssen eben fallen und derartige Prozesse sind durch keine Schiedsgerichte zu ordnen. Deutschland wird gewiß freudig den Plänen des Zaren zustimmen — wie man sich aber in Rußland die praktische Durchführung der Dinge denkt, ist noch nicht faßlich offenbart worden. Jedenfalls wirft auf die russische Friedensliebe die auf französischer Seite neuerdings hervortretende Neigung, im Orient Unruhe zu stiften, ein eigenthümliches Schlaglicht. Der Pariser „Temps" ist im vollen Zuge, die macedonische Frage in einer nach dem Vorbild der kretischen Angelegenheit zu entwickelnden Weise zu behandeln, und der jüngste Aufruf eines macedonischen Komitees war in einem Französisch abgefaßt, wie es nur ein Franzose zu schreiben pflegt. Dergleichen Bestrebungen, der Türkei Schwierigkeiten zu schaffen, betreibt Frankreich schwerlich für eigene Rechnung. Die brave Republik scheint auch hier wieder von Rußland „für dumm" verbraucht zu werden. In Berliner politischen Kreisen betrachtet man ja überhaupt die Abrüstungsaktion Rußlands mehr als diplomatische Schachzüge, die bereits einmal ihren Zweck erfüllt haben, nämlich Frankreich von einem Kriege gegen England zurückzuhalten. Frankreich in nicht mißzuverstehender Form vor übereilten Schritten zu warnen, ihm darzuthun, daß die Allianz Rußland zur Stunde nicht bewegen könnte, sich an Frankreichs Seite in einen Krieg zu stürzen. Wie viel Erfolg der deutschen Diplomatie bei dieser Stellungnahme Rußlands auf die Rechnung zu setzen ist, werden künftige Epochen erfahren. Der Reichstag wird die Petition fraglos dem Reichskanzler zur Kenntnißnahme überweisen, dieser aber wird sie seufzend bei Seite legen und mit König Philipp sagen: Anders als in unseren Köpfen malt in diesen sich die Welt!

* **Ländliche Fortbildungsschulen.** Im Jahre 1897/98 bestanden in Preußen 975 ländliche Fortbildungsschulen, davon 6 (im Regierungsbezirk Oppeln), in denen versuchsweise auch fachlicher Unterricht ertheilt wird. Von der Gesammtzahl der Schulen entfielen auf Ostpreußen 8, Westpreußen 19, Brandenburg —, Pommern 8, Posen 17, Schlesien 38, Sachsen 43, Schleswig-Holstein 78, Hannover 164, Westfalen 19, Hessen-Nassau 305, die Rheinprovinz 225, die Hohenzollernschen Lande 51. Die Zahl der Schüler betrug 14 139, die der Lehrer 1323; von letzteren waren Geistliche 52, Landwirthschaftslehrer 6, Volksschullehrer 1246, andere Personen (Landwirthe, Thierärzte rc.) 19. Die Baraufwendungen betrugen 102 558 Mk., wovon bestritten wurden durch Schulgeld 8852, durch Private, Stiftungen, Legate, andere als landwirthschaftliche Vereine 18 513, durch landwirthschaftliche Vereine 555, durch die Gemeinden 20 543, die Kreise 17 705, die Provinzen 553, endlich durch den Staat 35 837 Mk. Außerdem wurden von letzterem 349 Mk. für Heizung, Beleuchtung und Reinigung verausgabt.

* **Telephonische Doppelgespräche** von sechs Minuten Dauer sind vom 6. Februar ab versuchsweise auch im Fernsprechverkehr mit Oesterreich zugelassen worden. Demgemäß ist auch im deutsch-österreichischen Sprechverkehr die Ausdehnung einer als Dreiminutengespräch angemeldeten Unterhaltung über diese Zeit hinaus bis zur Dauer von sechs Minuten in allen Fällen gestattet.

* **Deutsche Kolonisation in Palästina.** Auf Einladung des früheren Reichstagsabgeordneten Frhrn. von Ellrichshausen als Theilnehmer an der Palästinafahrt fand in Stuttgart eine Besprechung über die Förderung der deutschen Kolonisation in Palästina statt, der auch ein Vertreter der Tempelgesellschaft anwohnte. Es wurde darauf hingewiesen, wie die schwäbischen Landsleute es verstanden haben, die vier blühenden Ansiedlungen der Tempelgemeinde im heiligen Lande: Haifa, Jaffa, Sarona und Neuhaim, bei Jerusalem zu schaffen, deren Werth auf etwa 7 bis 8 Millionen Mark geschätzt werde, daß jedoch das bis jetzt erworbene Land für den Nachwuchs nicht mehr den genügenden Raum biete und daher an die Gründung weiterer Kolonien gedacht werden müsse. Es wurde, nach dem „Schwäb. Merk.", ein vorläufiger Ausschuß bestellt, der einige Vortragen erledigen und später wieder über die etwaige Begründung einer Gesellschaft Bericht erstatten soll.

* Der „Köln. Ztg." zufolge versichert eine Meldung des „New-York Herald" aus Washington, in den dortigen Regierungskreisen sei man geneigt, eine Aenderung des Berliner Vertrages vorzunehmen. Man glaubt, Deutschland werde Unterhandlungen einleiten, damit die **Samoa-Inseln zwischen den Signatarmächten des Berliner Vertrages vertheilt wurden.**

Deutscher Reichstag.

24. Sitzung vom 3. Februar 1899.

Am Bundesrathstische: Staatssekretär v. Podbielski.

Auf der Tagesordnung steht der Postetat, zunächst der Einnahmetitel „Post- und Telegraphengebühren". Nach einem längeren Referat des Abg. Paasche über die Verhandlungen der Kommission befürwortet

Abg. **Müller**-Sagan (fr. Vp.) unter Bezugnahme auf die angekündigte Postvorlage noch weitere Portoermäßigungen, so für Briefe bis 50 Gramm Gewicht mit heliographirten Manuskripten. Wünschenswerth sei ferner getrennte Angabe der Portieinnahmen auf Briefe, auf Packete usw. Wie schon in früheren Jahren, so äußert sich Redner wiederum abfällig über den angeblichen Mißbrauch, welcher mit der Portofreiheit fürstlicher Personen getrieben werde, indem auch die fürstlichen Vermögensverwaltungen in Angelegenheiten jeder Art von der Portofreiheit Gebrauch machten. Es sei dringend nöthig, da endlich einmal eine Grenze zu ziehen.

Staatssekretär **v. Podbielski**: Das Inland soll nicht schlechter gestellt sein mit seinen postalischen Bestimmungen als der Weltpostverein. Es sind eine Reihe von Inkongruenzen bereits beseitigt und weitere werden noch beseitigt werden. Die Geschäftspapiere unterliegen einer billigeren Taxe im Weltpostverein, als bei uns die Manuskripte. Diese Verschiedenheit wird vielleicht ebenso beseitigt werden, wie die Beschwerde wegen der Nichtzulassung von Roll n. Ein neuer Gebührentarif soll demnächst zugehen; er ist dem Bundesrath bereits vorgelegt. Es ist geplant, daß die Vorlage mit dem Wegegesetz verquickt werden soll. Es wird eine Ermäßigung der Telephongebühren eintreten, eventuell mit Hilfe der einzuführenden Gesprächszähler. Bezüglich Kattowitz weiß ich nichts. Es wird sich wahrscheinlich um eine Neuanlage handeln, die doch im allgemeinen Interesse liegt. Ich kann doch die Telephondrähte nicht an den Mond hängen. Das Publikum und nicht der Postfiskus verlangt doch die Telephonanlagen! Die Vermehrung der öffentlichen Fernsprechstellen wird in Berlin in diesem Jahre noch weiter durchgeführt werden. Mit dem Nachtdienst werden wir Versuche machen. Bezüglich des Vorfalls in Rathenow handelt es sich um ein altes Formular. Mit den Postanweisungen verfahren wir anders, als mit anderen Postsendungen wegen der ganzen Geldgebahrung. Wir haben also darüber ganz bestimmte statistische Grundlagen. Wir haben durch die Rechenmaschine die Aufrechnung erleichtert und können den Verkehr leichter kontrolliren. Man kann genau berechnen: wieviel Postanweisungen kann ein Beamter am Schalter annehmen, und wieviel kann man in einer bestimmten Zeit eintragen und bestellen lassen? Daraus ergiebt sich, daß die billigeren Postanweisungen thatsächlich einen Zuschuß verlangen. Mit Einführung des Checkverkehrs wird die Frage noch mehr gegenstandslos werden. Bezüglich der Portofreiheit kann ich nur erklären: Wenn die Postverwaltung geglaubt hat, daß die Portofreiheit zu gewerblichen Zwecken benutzt wurde, so ist sie eingeschritten. Es sind kleine Sachen vorgekommen, sind aber jedesmal abgestellt worden. Wir haben in Preußen das Aversum; wir müssen befördern, wenn nicht die preußische Regierung erklärt, die Beförderung liege innerhalb des Aversums. Mit den Sachen, die in den Briefen stehen, habe ich nichts zu thun. Das Briefgeheimniß muß unter allen Umständen gewahrt bleiben.

Abg. Graf **Stolberg** (dk.): Die Beseitigung des Strafportos wird wohl Niemand ernsthaft verlangen, denn dann würden die Briefe gar nicht oder nur ungenügend frankirt werden. Die Herabsetzung der Telephongebühren für die kleineren Ortsachsen halte ich für wünschenswerth, ebenso die Ermäßigung der Bestellgebühren für Postanweisungen auf dem Lande. Aber wir wünschen die Einnahmen der Post nicht zu schmälern.

Abg. **Müller**-Sagan (fr. Vp.): Die Ausrechnung der Ausgaben für den Postanweisungsverkehr ist doch nicht so leicht; was

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X189902041-10/fragment/page=0001

uns vorgeführt ist, entbehrt jeder sicheren Unterlage. Ich glaube, die Postverwaltung wird bei Ermäßigung der Postanweisungsgebühr sehr gut fahren.

Staatssekretär **von Podbielski:** Ich habe irrthümlich das Wort „Gesprächszähler" gebraucht, während ich meinte „eine Gesprächszählung vom Amte aus". Das Wegegesetz verurtheilt der Vorredner schon. Man verlangt immer von uns Ermäßigungen, und da soll ich noch etwas an die Gemeinden zahlen? Wovon soll ich es denn zahlen, als von den Geldern, welche die Fernsprechtheilnehmer aufbringen? Das Wegegesetz ist wirklich nicht so schwarz gedacht, wie man glaubt.

Bei den Einnahmen aus dem Personengeld erklärt auf eine Anregung des Abg. **Sattler** der Staatssekretär **v. Podbielski**, daß er nochmals in Erwägungen darüber eintreten wolle, ob eine wegen Eröffnung der Eisenbahn nach Bremervörde in Wegfall gekommene Postverbindung wiederhergestellt werden solle.

Die Einnahmen aus dem Absatze von Zeitungen betragen 5 220 000 Mk.

Berichterstatter **Dr. Paasche** weist darauf hin, daß für diesen Ueberschuß 1085 Millionen Zeitungsnummern befördert werden müssen, während die 1352 Millionen Briefe und 535 Millionen Postkarten 300 Millionen Ueberschuß einbringen. Die Presse sei allerdings ein Kulturmittel. Aber wenn die Anzeigenblätter, die halb umsonst herausgegeben werden, die Post belasten, so muß auf das Gewicht der Zeitung Rücksicht genommen werden.

Es folgt die Berathung der Ausgaben: Gehalt des Staatssekretärs 30 000 Mk.

Abg. **Lingens** (C.) tritt unter Anerkennung dessen, was schon geleistet ist, für eine bessere Sonntagsruhe der Beamten ein; in Berlin namentlich sei die Regelung der Sonntagsruhe noch eine mangelhafte.

Abg. **Singer** (soz.) ist gleichfalls der Ansicht, daß die Unterbeamten in noch ausgiebigerem Maße auf Sonntagsruhe Anspruch hätten. Redner beurtheilt sodann abfällig, wie abwehrend sich die Postverwaltung gegen wohlbegründete Gehalts-Nachforderungen von Militäranwärtern verhalten habe. Erfreulicherweise habe der Staatssekretär in der Kommission mehr Entgegenkommen in diesem Punkte gezeigt. Weiter übt Redner Kritik an dem Verhalten der Postverwaltung gegen Unterbeamte. Das Wort, welches der Staatssekretär v. Podbielski in seiner ersten Rede als Staatssekretär gesprochen habe, „er wolle keine Märtyrer schaffen", sei leider allzu rasch in die Vergessenheit gerathen. Der ganze Zorn der Postverwaltung richte sich gegen Unterbeamte, welche man für sozialdemokratische Agitatoren halte. Die betr. Unterbeamten vertreten aber in ihren Vereinen lediglich ihre wirthschaftlichen Interessen, wie dies ja sogar die Offiziere in ihrem Offiziersverein thäten. Trotzdem werde den Leuten künstlich insinuirt, Sozialdemokraten zu sein und sozialdemokratische Bestrebungen zu verfolgen, noch dazu, obwohl die Unterbeamtenversammlungen mit einem Hoch auf den Kaiser zu eröffnen und mit einem Hoch auf den hohen Chef zu schließen pflegen. — Redner bezieht sich zum Beweis, wie mit den Unterbeamten verfahren werde, auf einen Erlaß des Staatssekretärs selbst, auf die Aechtung des „Deutschen Postboten" durch Erlaß von 1898 und Begünstigung eines neuen, offiziösen Blattes. Erstaunlich sei es insbesondere, wie man ausfindig gemacht habe, daß Unterbeamte den „Postboten" unter der Deckadresse eines Gastwirths bezogen hätten. Darnach scheine es doch, als ob die Post-Verwaltung mit Spitzeln arbeite. Jedenfalls erziehe sich die Verwaltung dergestalt nur Heuchler. (Bei Vorlesung dieser, wie fernerer Erlasse wird von der Rechten wiederholt gerufen: „Sehr gut! Sehr richtig!") Von Ihnen glaube ich ja, daß Sie mit solch kavalleristischer Behandlung der Unterbeamten einverstanden sind, aber der militärische Ton mag in den Kasernen berechtigt sein. dagegen nicht gegenüber Beamten. Die äußere Behandlung des „Postboten" entspricht nur der blöden Furcht vor dem Inhalt des „Postboten", Sie wollen die Wahrheit nicht hören.

Vizepräsident **Schmidt-Elberfeld** (frs. Vp.): Herr Abgeordneter, ich glaube, Sie würden mehr Eindruck machen, wenn Sie sich etwas mäßigen wollten!

Abg. **Singer**: Herr Präsident, das ist Sache des Temperaments, ob man gemäßigt spricht oder nicht. — Redner bringt nunmehr einen anderen Erlaß in Potsdam zur Sprache, worin einem Hausbesitzer, dessen Vordergebäude für Postzwecke gemiethet ist, gekündigt wird, falls er fortgesetzt das Hintergebäude zu Arbeiterwohnungen vermiethe, und bemerkt, einen hämischeren Erlaß gebe es gar nicht.

Vizepräsident **Schmidt-Elberfeld**: Ich kann nicht dulden, daß Sie in solchem Sinne von einer Postverwaltung sprechen. Ich rufe Sie zur Ordnung!

Abg. **Singer** (fortfahrend) kritisirt eine Maßregelung von Postunterbeamten, welche für den Sozialdemokraten Blos gestimmt haben, seitens der Oberpostdirektion Braunschweig. Diese habe ihr Amt zur Verhetzung mißbraucht.

Vizepräsident **Schmidt-Elberfeld**: Es ist nicht Sitte in diesem Haus, von einem auswärtigen Beamten so zu sprechen. Ich rufe Sie zum zweiten Male zur Ordnung und mache Sie auf die Folgen eines dritten Ordnungsrufes aufmerksam! (Beifall rechts.)

Abg. **Singer**: Ich habe von Niemand im Haus gesprochen.

Vizepräsident **Schmidt-Elberfeld**: Ich muß Sie bitten, nicht meine Maßnahmen als Präsident zu kritisiren. Es ist nicht Sitte hier im Haus, so von Beamten zu reden und Verleumdungen auszusprechen.

Staatssekretär **v. Podbielski:** Ich beschränke mich darauf, die letzten Ausführungen des Abg. Singer einfach zurückzuweisen, ohne mich in eine Kritik einzulassen, sie sind schon durch den Herrn Präsidenten gerichtet. Der Abg. Singer ist kein guter Anwalt der Unterbeamten gewesen. Der Disziplinarhof wird in jedem Fall davon ausgehen, daß kein Beamter sozialdemokratische Gesinnungen haben darf. (Beifall rechts.) Von einem Hochmuth der Verwaltung ist absolut keine Rede; es handelt sich lediglich um die Ausführung einer Dienstvorschrift. Bezüglich der Militäranwärter muß ich mich an die gesetzlichen Vorschriften halten und kann nicht ohne Weiteres über Reichsgelder verfügen. Blöde Furcht leitet mich in meinen Amtshandlungen nicht, aber ich muß es ganz entschieden zurückweisen, daß sich Dritte in meine Verwaltung einmischen, und das thun die Beamtenvereine in einem solchen Grade, daß ich mich dagegen nicht ruhig verhalten konnte. Ich bin den Vereinen mit dem größten Wohlwollen entgegengetreten, aber wie oft wird in den Verbänden lediglich der Agitation wegen Unzufriedenheit hervorgerufen. Auf das, was die Fachpresse über die Postverhältnisse schreibt, ist nicht viel zu geben, denn sie befindet sich in den Händen entlassener Beamten; man scheut sich nicht einmal davor, Thatsachen zu fälschen. Ich habe nichts dagegen, wenn die Verbände die wirthschaftlichen Interessen ihrer Mitglieder wahrnehmen, aber sobald ich erfahre, daß sie sozialdemokratische Tendenzen verfolgen, löse ich die Verbände nicht auf — das kann ich nicht, — wohl aber verbiete ich die Mitgliedschaft. (Lebhafter Beifall rechts.) Wenn die Beamten wissen wollen, was ihr Chef will, dann hoffe ich, werden sie zu der Ueberzeugung kommen, daß ich bei allem Wohlwollen für sie doch die Rechte des Staates zu wahren weiß. (Lebhafter Beifall rechts.)

Abg. **Schmidt**-Warburg (Centr.) bittet, den Einwand der Verjährung nicht geltend zu machen.

Schatzsekretär Frhr. **v. Thielmann**: Die finanzielle Tragweite der Ansprüche der Militäranwärter ist genau erwogen worden; grundsätzlich muß daran festgehalten werden, daß jeder einzelne Fall für sich erledigt wird.

Abg. **v. Kardorff** (Reichsp.) dankt dem Staatssekretär für seine kräftigen Worte gegen die Sozialdemokratie. Die Disziplin müsse gewahrt bleiben. Die übrigen Ressorts sollten sich den Staatssekretär des Reichspostamts zum Muster nehmen.

Abg. **Werner** (deutsche Reformp.) wünscht eine leichtere Sommerkleidung der Postbeamten und tritt für die Postbeamtenvereine ein.

Nach unerheblichen Worten des Abg. **Baudert** (Soz.) wird die Fortsetzung der Berathung auf Sonnabend 1 Uhr vertagt; außerdem der Antrag der Geschäftsordnungskommission betreffend Genehmigung der Strafverfolgung des sozialdemokratischen Abgeordneten Schmidt-Aschersleben.

Schluß 5½ Uhr.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

11. Sitzung vom 3. Februar 1899, 11 Uhr.

Am Ministertisch: Freiherr v. Hammerstein, Dr. Bosse, Freiherr v. d. Recke und Kommissare.

Präsident **v. Kröcher** eröffnet die Sitzung mit geschäftlichen Mittheilungen. Die zweite Berathung des landwirthschaftlichen Etats wird fortgesetzt beim Kapitel „Erlös aus Ablösungen von Domänengefällen und aus dem Verkaufe von Domänen- und Forstgrundstücken." Da die gemeldeten Redner noch nicht anwesend sind, wird das Kapitel ohne Erörterung genehmigt. Es folgt die Gestütsverwaltung. Die Einnahmen werden ohne Erörterung genehmigt. Bei den dauernden Ausgaben fragt

Abg. **Rickert** (fr. Vg.), ob den Lehrern z. B. an dem Gestüt zu Trakehnen wirklich die Verpflichtung obliege, die Heizung und Reinigung der Schulräume, das Beschaffen des Holzes u. s. w. aus eigener Tasche zu bestreiten.

Ein **Regierungskommissar** erwidert, auch die Gestütslehrer würden im Allgemeinen nach den neuen Grundsätzen für die Volksschullehrer besoldet, es würden nur wegen der besonderen Verhältnisse für solche Lehrer, die die Verwaltung für die Kinder ihrer Beamten anstelle, die Sätze der höheren Gruppen gewählt. Die Heizung der Schulklassen brauchten sie gewiß nicht zu bezahlen, da liege wohl eine falsche Auffassung der Verrechnungsart vor.

Abg. Freiherr **v. Dobeneck** (kons.) wünscht Rückerstattung des Deckgeldes im Fall, daß die Stuten güst bleiben.

Oberlandstallmeister **Graf Lehndorff** hält eine Erhöhung des Deckgeldes zur Deckung des Ausfalles für erforderlich.

Ohne erhebliche Debatte werden hierauf die ordentlichen sowie die einmaligen Ausgaben bewilligt, ebenso die zweite Berathung des Gesetzentwurfs betreffend die Synagogengemeindeverhältnisse in Frankfurt a. M.

Es folgt die erste Berathung des Gesetzentwurfs betreffend die Fürsorge für die Wittwen und Waisen der Lehrer an öffentlichen Volksschulen.

Abg. **Knobloch** (natl.): Die nationalliberale Partei begrüßt es mit Freude, daß der Gesetzentwurf vorgelegt ist. Sie erkennt an, daß er einem dringenden Bedürfniß entspringt und billigt es auch, daß die Regelung in Aussicht genommen ist im Anschluß an diejenigen Bestimmungen, die für die Hinterbliebenen der unmittelbaren Staatsbeamten gelten. Sie bedauert es aber, daß die Regelung erfolgen soll hauptsächlich zu Lasten der bisher Schulunterhaltungspflichtigen im Allgemeinen und der Städte im Besonderen. Die nationalliberale Partei hält daher die Bestimmungen betr. die Tragung der Mehrausgaben für abänderungsbedürftig. Nach den bei der Durchführung der Lehrer- und Pfarrbesoldungsgesetze gemachten Erfahrungen ist es recht zweifelhaft, ob die dem Gesetzentwurf beigegebenen Berechnungen einen zuverlässigen Schluß auf die wirklichen Mehrausgaben gestatten. Sollte es nicht angängig sein, die an den nichtstaatlichen höheren Lehranstalten beschäftigten Elementarlehrer in das Gesetz einzubeziehen? Ebenso dürfte zu prüfen sein, ob nicht bezüglich derjenigen Wittwen und Waisen, die ihre Bezüge nach den bisher geltenden Bestimmungen erhalten, dem Gesetz rückwirkende Kraft beizulegen sein dürfte; eventuell würden Härten und Unbilligkeiten aus staatlichen Dispositionsfonds auszugleichen sein. Alle diese Erwägungen würden zweckmäßig in einer Kommission vorzunehmen sein. Namens meiner Parteifreunde beantrage ich, den Gesetzentwurf einer Kommission von 21 Mitgliedern zu überweisen. (Beifall.)

Abg. **v. Kölichen** (kons.): Im Namen der konservativen Partei begrüße ich den Gesetzentwurf mit Freuden und hoffe, daß es gelingen wird, ihn noch in dieser Session zu verabschieden. Die bisherige Reliktenversorgung entsprach nicht mehr den Bedürfnissen. Aber wir haben doch auch gewisse Bedenken, und unser Mißtrauen rechtfertigt sich durch die Art und Weise, wie das Lehrerbesoldungsgesetz ausgeführt worden ist. (Sehr richtig! rechts.) Die Gemeinden der östlichen Provinzen werden unverhältnißmäßig stark belastet werden. Aber die Vortheile überwiegen stark. Der Gesetzentwurf ist ein organisches Ganze, und es empfiehlt sich nicht, an einigen Bestimmungen Abänderungen vorzunehmen. Ich schließe mit dem Wunsche, daß der Staat die sich ergebenden Mehrausgaben übernehmen möge. (Beifall rechts.)

Abg. **Kopsch** (fr. Vp.): Der vorliegende Entwurf entspricht früher gefaßten Resolutionen des Hauses. Der Staat überläßt es nun, wohl im Sinne christlicher Theilung, den Gemeinden, den weitaus größeren Antheil der Lasten aufzubringen. Welche Grundsätze sind dabei maßgebend gewesen? Das Charakteristikum „kreisfreie" Stadt ist nicht stichhaltig für die Prästationsfähigkeit; solche Städte sind durchaus nicht die leistungsfähigsten. Dieser Gesichtspunkt darf nicht außer Acht gelassen werden, weil die Behandlung der größeren Städte durch die Regierung in den letzten Jahren immer unfreundlicher geworden ist. Die größeren Städte bilden 22 Proz. der Bevölkerung, der Zuschuß der Städte an Einkommensteuer beträgt aber 50 Proz. So geht es weiter. Man scheint überhaupt der Ansicht zu sein, daß man um so eher ein Gesetz im Landtage durchbringt, je schlechter man darin die großen Städte behandelt. Die Kommission sorgt hoffentlich dafür, daß auch für die großen Städte der Grundsatz Geltung bekommt: Gleiches Recht für Alle!

Abg. **Dietrich** (Centr.): Meine Partei geht nicht ohne Bedenken gegen die rechnerischen Grundlagen und die finanzielle Gebahrung an den Entwurf heran. Die Anrechnung der Naturalbezüge dürfte nicht unberücksichtigt bleiben. Die Wittwen und Waisen dürfen weiter nicht schlechter als bisher gestellt sein. Solche Forderungen darf der Staat nicht an der Zuschußfrage scheitern lassen; er sollte nicht weniger, sondern mehr als die Gemeinde beitragen.

Abg. **Knörcke** (fr. Vp., auf der Journalistentribüne schwer verständlich): Diese Vorlage entspricht einem alten Wunsche des Parlamentes. Die Gemeinden, besonders die größern, werden aber auch in diesem Gesetz wieder unverhältnißmäßig belastet. Ich hoffe, die Kommission wird den Finanzminister zu einem größeren Entgegenkommen bewegen. (Beifall.)

Abg. **v. Tzschoppe** (freik.): Meine Freunde und ich begrüßen den Entwurf im Interesse des Lehrerstandes mit Freuden, wir haben dagegen Bedenken im Interesse der Gemeinden. Bisher erhielten die Wittwen mit Ausnahme einiger Theile wie Schleswig jährlich 250 Mk., die Halbwaisen 50 Mk., die Vollwaisen 80 Mk. Diese Bezüge entsprechen nicht den heutigen Bedürfnissen und nicht den durch das Lehrerbesoldungsgesetz festgesetzten Pensionen. Jetzt sollen diese Reliktenbezüge nach den Gehältern der Lehrer bemessen werden. Nun haben die Stadtlehrer meist höheres Gehalt, wie das den Theuerungsverhältnissen entspricht. Für die Emeritirten und Wittwen trifft das nicht zu, da diese in kleine Städte ziehen können und auch ziehen. Wir fürchten daher von dieser Regelung eine Verschärfung des Gegensatzes von städtischen und ländlichen Lehrern. In der Stadt pflegt ferner erst auf 6–7 Lehrer ein Hinterbliebener zu kommen, auf dem Lande und in kleinen Städten schon auf 5,4 Lehrer. So könnte hier das Land wiederum stark benachtheiligt werden, wenn die Deckung nicht richtig geregelt wird. Gleiches Recht, aber auch gleiche Pflicht für Alle, und darum möglichst umfassende Einbeziehung in die Bezirkskassen. Die Lehrer werden mit dem Gesetze zufrieden sein. Für die Gemeinden erwächst eine Mehrbelastung. Der Staat zahlt zunächst kaum mehr; mit den Jahren wächst seine Mehrbelastung und zwar erheblich. Während heute für die 62 000 Lehrerstellen der Staat je 25 Mk., die Gemeinde 12 Mk. zahlt, würde nach 50 Jahren für die dann vorhandenen 52 000 Lehrerstellen der Staat je 35 Mk., die Gemeinde je 68 Mk. zu zahlen haben. Solche Summen zwingen zur Vorsicht, die Commission muß hier genau zu sehen. (Beifall.)

Kultusminister **Dr. Bosse:** Die im Entwurf angestrebte Regelung ist von allen Parteien als wünschenswerth und erstrebenswerth bezeichnet. Nur hegt man allerlei Befürchtungen über die finanzielle Tragweite. Eine neue Belastung der Gemeinden wird befürchtet. Gewiß, diese ist nicht ganz zu umgehen, will man die Lehrer und ihre Hinterbliebenen besser stellen. So lange wir auf dem Boden der Verfassung stehen, ist eben die Volksschule in erster Linie Gemeindesache, erst in zweiter Linie und nur subsidiär soll der Staat eintreten. Ich will ja nicht leugnen, daß in der Feststellung der Leistungsfähigkeit der Gemeinden mannigfache Mißgriffe gemacht worden sind. Aber es ist auf diesem Gebiete schon Besserung eingetreten. Bei den Klagen über die Durchführung des Lehrerbesoldungsgesetzes wird doch übersehen, daß die Gemeinden in allen Fällen die Besoldungen selbst beschlossen haben; ich bin oft in der Lage gewesen, gegen den Wunsch der Gemeinden gegen die Maßlosigkeit der Gehaltssätze einzuschreiten. Im ersten Jahre werden sie jedenfalls nicht nur nicht stärker belastet, sondern die Belastung wird sogar einigermaßen herabgehen. Sollte aber die eine oder andere Gemeinde nicht leistungsfähig sein, so wird der Staat subsidiär eingreifen. Dann hat man über die zu große Belastung der großen Städte geklagt. Wenn wir die Stadtkreise aus dem Rahmen des Entwurfs herausgelassen haben, so glauben wir damit nur die eignen Interessen der kreisfreien Städte gewahrt zu haben. Sie sind froh, wenn sie mit dem Lande nicht in einer gemeinsamen Organisation verbunden sind. Diese Ausnahmestellung der großen Städte ist um so mehr gerechtfertigt, als es statistisch feststeht, wie auch aus den Anlagen des Entwurfs zu ersehen ist, daß in den Städten die Heirathsziffer der Lehrer erheblich niedriger und das Heirathsalter höher ist als auf dem Lande. Es ist daher der Prozentsatz der Relikten hier viel geringer als auf dem Lande. (Sehr richtig!) Wenn gesagt wird, die jetzigen Kapitalbestände der Reliktenkassen müßten doch eigentlich den Lehrern verbleiben, so trifft das doch nicht ganz zu. Denn seit zehn Jahren haben doch die Lehrer aufgehört, zu diesen Kassen beizutragen. Im Ganzen und Großen ist die vorgeschlagene Regelung ein großer Fortschritt. Das erkennen auch die Lehrer an. Ich hoffe deshalb auch, daß im Wesentlichen der Entwurf unverändert angenommen wird. (Beifall.)

Nach einer weiteren, belanglosen Diskussion ruft Präsident **von Kröcher** neun Mitglieder des Hauses, die sich zum Wort gemeldet haben, vergeblich auf, darunter die Abgg. Richter, Krieger-Königsberg, Dr. Langerhans, Westekamp, Wintermeyer.

Abg. **Friedberg** (natl.): Der Entwurf ist mit Freuden zu begrüßen. Die Bedenken, die wir noch dagegen haben, werden sich wohl beseitigen lassen. Wir finden die Belastung der Städte ganz außerordentlich. Nach unserem Dafürhalten wäre es möglich, daß der Staat den Zuschuß der Gemeinden auf sich nimmt. Man läßt den Gemeinden nur das Recht, zu zahlen. (Lebhafter Beifall.) In der Kommission wollen wir darauf hinarbeiten, die Belastung der Gemeinden zu ermäßigen. (Lebhafter Beifall.)

Die Diskussion wird geschlossen. Der Gesetzentwurf wird an eine Kommission von 21 Mitgliedern verwiesen.

Das Haus vertagt sich auf Sonnabend **11 Uhr.** (Gesetzentwurf betreffend die Aerztekammern.)

Schluß 3 Uhr.

Parlamentarisches.

Beim Reichstage brachten die Abg. Müller-Sagan und Genossen eine Resolution ein, der Reichstag wolle erklären, daß die **Disziplinarmaßregeln gegen Postunterbeamte** wegen Abonnirens auf die Wochenschrift „Deutscher Postbote" oder wegen Inserirung von Familien- und Vereinsnachrichten in dieser Wochenschrift ungerechtfertigt und unzulässig seien, zweitens wolle der Reichstag den Reichskanzler ersuchen, jede Beschränkung der Postbeamten bezüglich der außerdienstlichen Lektüre zu untersagen. — Der Antrag ist so absurd, daß es sich wirklich kaum verlohnt, darüber noch ein Wörtchen zu verlieren.

Dem Reichstage ist gestern das **Hypothekenbankgesetz** zugegangen.

Dem Reichstage ist gestern Nachmittag auch die Novelle zur Civil- und Strafprozeßordnung betr. die **Bestrafung falscher unbeeideter Aussagen** zugegangen.

Das **Reichsbankgesetz** soll nunmehr am **Montag und Dienstag** nächster Woche zur ersten Berathung gelangen.

Die Geschäftsordnungskommission des Reichstages ertheilte gestern die Genehmigung zur Strafverfolgung des Abg. Schmidt-Aschersleben (soz.) wegen Majestätsbeleidigung und Beleidigung eines Mitgliedes des königlichen Hauses.

Bei dem Reichskanzler **Fürst Hohenlohe** findet am 9. Februar ein parlamentarisches Essen statt; für denselben Tag hat auch Staatssekretär Nieberding Einladungen zu einem parlamentarischen Essen ergehen lassen.

Dem Herrenhause ist ein Gesetzentwurf betreffend **Schutzmaßregeln im Quellengebiet** der linksseitigen Zuflüsse der Oder in der Provinz Schlesien zugegangen.

Ausland.

Frankreich.

Zum Dreyfushandel.

Die als Zeugen vernommenen Professoren Meyer, Giry und Molinier theilten einem Redakteur des „Temps" mit, sie hätten vor der Kriminalkammer des Kassationshofes auf Grund des Original-Bordereau's auf das Entschiedenste erklärt, daß das Bordereau von der Hand Esterhazy's herrühre und daß die Hypothese, es wäre ein Durchpausen erfolgt, haltlos sei.

Ein Redakteur der „Liberté" begab sich zu dem 80jährigen Oberst Stoffel und befragte ihn, ob er die von der „Aurore" gebrachte Mittheilung, wonach er den falschen Kaiserbrief in Händen gehabt habe, auf Wahrheit beruhe. Stoffel erklärte, man solle ihn in Ruhe lassen; er könne diese Mittheilung weder dementiren, noch bestätigen. Er wolle von der ganzen Sache nichts wissen. Wenn der Kassationshof ihn vorladen werde, so werde er dieser Aufforderung keine Folge leisten.

Belgien.

Cecil Rhodes. — Vom Congostaate.

Cecil Rhodes, welcher Donnerstag in Brüssel eingetroffen ist, wird heute eine Unterredung mit dem König der Belgier in der Angelegenheit der Betheiligung des Congostaates an der transafrikanischen Eisenbahn haben. Der Unterredung wird eine entscheidende Bedeutung für die Durchführung des Projektes beigelegt.

Das Blatt „Etoile Belge" meldet, daß der frühere Kommandant Lothaire dem menschenfresserischen Stamme der Bungas eine blutige Niederlage beibrachte. Dieselben verlangen Frieden zu schließen.

Ostasien.

Aus China.

Das Tsung-li-Yamen genehmigte gestern die Eröffnung Nanningfus als Vertragshafen; es war dies von den Handelsleuten in Canton für nothwendig gehalten, um die Erschließung des Westflusses vollständig zu machen. — Hu, welcher gestern verhört wurde, reichte eine Denkschrift ein, in der er auf die gegen ihn erhobenen Anschuldigungen antwortet. Die Entscheidung der Angelegenheit wird in kurzer Zeit erwartet.

Türkei.

Orientbahn. — Albanesen.

Die Pforte theilte dem diplomatischen Agenten Bulgariens mit, sie werde eine Entscheidung bezüglich des Orientbahn-Uebereinkommens erst nach dem Bairamfeste bekanntgeben.

Heute eingetroffenen Depeschen zufolge hat die Versammlung der albanesischen Chefs bereits in der Zeit vom 26. bis 30. Januar in aller Stille in Ipek stattgefunden. An derselben nahmen zwei Delegirte des Sultans und alle mohamedanischen Notabeln theil. Wie verlautet, beschloß die Versammlung eine Loyalitätskundgebung für den Sultan und ging die gegenseitige Verpflichtung ein, sich zur Vertheidigung des Landes bereit zu halten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X189902041-10/fragment/page=0002

Telegramme.

Hamburg, 4. Februar. Am 18. März findet vor der Strafkammer des Altonaer Landgerichts die Hauptverhandlung in der Strafsache gegen den entlassenen Förster Spoerke wegen Hausfriedensbruchs statt. Fürst Herbert Bismarck ist als Zeuge geladen.

Wien, 4. Febr. Ein Communiqué der deutschen Volkspartei spricht sich gegen die unrechtmäßige Anwendung des § 14 und den Erlaß der Sprachenverordnung aus. Es fordert die Deutschen auf, im Widerstande zu beharren und sich zur Vertheidigung ihrer Rechte zusammenzuschließen.

Marseille, 4. Februar. Als Rochefort und Mregis, welche sich über Nizza nach Algier begeben, gestern Abend hier eintrafen, wurden Kundgebungen veranstaltet, wobei eine Schlägerei stattfand, 2 Personen verletzt wurden und mehrere Verhaftungen erfolgten.

Aus Nah und Fern.

Neues von der Prinzessin von Coburg. Der Pariser „Matin" publizirt das Schreiben eines Arztes, welcher die Prinzessin von Coburg in der Anstalt des Dr. Obersteiner überwachte. Der Arzt erklärt, die Prinzessin sei nicht im Mindesten krank. Um ihre Festhaltung in der Anstalt durchzusetzen, habe Prinz Philipp von Coburg den Mitgliedern der mit der Prüfung des Gesundheitszustandes der Prinzessin betrauten Kommission eingeredet, seine Gemahlin habe früher einen Sturz in den Bergen gethan, sei auch nach der Katastrophe von Meierling von einer Nervenkrise befallen worden. In der Anstalt habe die Prinzessin mit ihrer Hofdame an einem Korridor mit einem Tobsüchtigen gewohnt, während alle gut situirten Kranken von ihren Familien sonst in den separaten Flügeln des Hauses untergebracht würden. Die Prinzessin sei fortwährend bewacht worden. Sie habe dem Arzt ihre ganze Geschichte erzählt. Danach sei sie in Agram, wohin sie den Grafen Keglevich begleitet hatte, Morgens 8 Uhr von sechs Männern aus dem Bette geholt worden. Baehrach, der Advokat des Prinzen, und der Polizeichef hatten sich geweigert, das Zimmer zu verlassen, während sie sich anzog. Die einzige treue Seele, die ihr blieb, sei die Hofdame gewesen. Diese habe sie in die Anstalt des Dr. Obersteiner begleitet. Als die Prinzessin in die Kaltwasserheilanstalt Purkersdorf übergeführt wurde, habe man ihr auch die Hofdame weggenommen. Der Arzt, welcher den Brief an den „Matin" gerichtet hat, erklärt, er und andere Freunde der Prinzessin würden nicht ermüden, die öffentliche Meinung aufzuklären, und schließt mit dem Ausdruck der Verwunderung, daß König Leopold von Belgien so seine Tochter verlassen könne. Wisse er nicht, daß seine Feinde ihm vorwerfen, sie aus Furcht verlassen zu haben, ihre Schulden bezahlen zu müssen? — Da die Notiz aus französischer Quelle und — von der Prinzessin Coburg selbst herrührt, so thut man wohl gut, sie mit dem größten Mißtrauen zu betrachten. Wir theilen sie nur aus dem Grunde mit, weil sie nicht verfehlen wird, aufs Neue das unerquickliche Thema „Prinzessin Coburg" in den Vordergrund treten zu lassen.

Die deutschen Kriegsschiffe „Charlotte" und „Stosch" liefen, von Oran kommend, gestern Nachmittag in den Hafen von Algier ein und wechselten den üblichen Salut.

Erhaltung des Siebengebirges. Der rheinische Provinziallandtag stimmte dem Antrage des Provinzialausschusses zu, zur Erhaltung des Siebengebirges aus den Mitteln der Provinz 200 000 Mark aufzuwenden.

Der deutsche Hochschüler Biberle, welcher in Prag am 16. Januar den czechischen Hochschüler Linhart durch einen Revolverschuß tödtlich verwundete, wurde heute von dem hiesigen Landesgericht wegen Vergehens gegen die Sicherheit des Lebens zu 3 Monaten strengen Arrestes verurtheilt. In der Anklage des Staatsanwaltes heißt es ausdrücklich, Biberle habe, um den rechtswidrigen Angriff auf sein Leben von sich abzuwehren, in gerechter Nothwehr gehandelt, jedoch aus Bestürzung, Furcht und Schrecken die Grenzen nothwendiger Vertheidigung überschritten. Die Anklage konstatirt, daß dem Biberle von Anfang an von Linharts Gesellschaft das czechische Schimpfwort „Burschak" zugerufen sei. Der czechische Zeuge Schmidt sagte aus, daß Linhart ohne jede Veranlassung Biberle verfolgte und demselben von rückwärts mit einem sogenannten Ochsenziemer Hiebe über den Kopf versetzte, sodaß Biberle unter weiteren Hieben bewußtlos zusammengestürzt sei. Als Biberle sich erheben wollte, habe Linhart und ein zweiter unbekannter Czeche weiter auf ihn losgehauen, worauf er drei Revolverschüsse abgab.

Heer und Marine.

— Bisher besteht außer dem preußischen Großen Generalstab nur noch in Bayern eine Centralstelle und ein eigener Chef des Generalstabs, der zugleich Inspekteur der Militär-Bildungs-Anstalt ist. Mit der Errichtung eines zweiten Armeekorps (des 19.) im Königreich Sachsen tritt das Bedürfniß der Schaffung einer **Centralstelle des Generalstabes** ein, und hierauf nimmt der Nachtragsetat für 1899 Rücksicht. Für diese Zentralabtheilung, der zugleich das Landesvermessungswesen untersteht, werden 1 Chef mit Regimentsgebührnissen, 2 Stabsoffiziere und Hauptleute und 3 Beamte gefordert. Ein topographisches Bureau, dessen Chef zugleich Vorstand der Genie-Direktion ist, besteht bereits. Die Aenderungen treten am 1. April d. Js. ein. Von besonderen Formationen sind zum 1. Oktober 1899 in Aussicht genommen: 1 Pionier-Bataillon Nr. 22 in Riesa (unter Verwendung der 5. und 6. Kompagnie des Bataillons Nr. 12), 1 Train-Bataillon Nr. 18 (unter Verwendung der 4. Kompagnie des Bataillons Nr. 12) in Leipzig, 1 Telegraphen-Kompagnie in Dresden und 1 Detachement bei der Betriebs-Abtheilung der Eisenbahn-Brigade in Schöneberg.

Personalnachrichten.

— Den emeritirten Lehrern Dabrendorf zu Schönhausen (Kreis Jerichow II) und Lüders zu Barneberg (Kreis Neuhaldensleben) wurde der Adler der Inhaber des Hausordens der Hohenzollern verliehen. Der Gemeindevorsteher Berkling zu Winningen (Kreis Aschersleben) erhielt das Allgemeine Ehrenzeichen. Den Gerichtsschreibern Eichner und Schmücker in Eisleben wurde der Charakter als Kanzleirath verliehen. Der bisherige Kreiswundarzt des Kreises Aschersleben Dr. Ziehe in Quedlinburg ist zum Kreisphysikus des Kreises Ober-Taunus mit dem Amtssitz in Homburg v. d. Höhe ernannt worden. Dem praktischen Arzte Dr. Geier zu Querfurt ist das Amt des Kreisphysikus für den Kreis Querfurt übertragen worden. Dem Regierungs- und Baurath Janßen in Magdeburg und dem Eisenbahndirektor Rücker in Erfurt ist der Charakter als Geheimer Baurath verliehen worden. Der Regierungsbaumeister Schönfeld in Schönebeck a. E. wurde zum Kreisbau-Inspektor ernannt.

Wissenschaft, Kunst und Theater.

— Der „Kongreß zur **Bekämpfung der Tuberkulose** als Volkskrankheit", welcher in der Pfingstwoche in Berlin stattfindet, erregt in weiteren Kreisen Interesse. Die Zahl der Anmeldungen beträgt bereits jetzt mehrere Hundert. Es darf dies als ein erfreuliches Zeichen dafür angesehen werden, daß die Ueberzeugung von der großen Gefahr, welche die Tuberkulose, insbesondere in der Form als Lungenschwindsucht, für das Volkswohl darstellt, in das allgemeine Bewußtsein übergegangen ist. Man wird dabei in der Annahme nicht fehl gehen, daß die neuerdings vom Reichsversicherungsamt veröffentlichten Angaben über die Rolle der Lungentuberkulose als Invaliditätsursache an der Befestigung dieser Ueberzeugung hervorragenden Antheil haben. Diese Statistik, welche etwa 158000 Invaliditätsfälle, das heißt vertrauensärztlich begutachtete, chronische Erkrankungen betrifft, hat in einer bisher nicht möglich gewesenen Weise dargethan, daß die Lungenschwindsucht gerade im erwerbsfähigen Alter die größten Verheerungen anrichtet, daß z. B. im Alter von 20 bis 30 Jahren bei jedem zweiten Invaliden die Erwerbsunfähigkeit durch die genannte Krankheit verursacht wird. Der Kongreß bezwecke, die durch die Tuberkuloseforschung und Statistik gewonnenen Thatsachen von autoritativer Seite der weitesten Oeffentlichkeit zugänglich zu machen. Als Mitglieder sind auch bereits eine Anzahl von Damen gemeldet, darunter als erste die Frau Erbherzogin von Sachsen-Meiningen.

— **Krakau,** 3. Februar. Der Aquarellmaler Julius Kossak ist gestorben.

Provinz Sachsen und Umgebung.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellen-Angabe gestattet.

Winzerversammlung in Freyburg a. U.

—§ Freyburg a. U., 3. Febr.

Die heutige auf Veranlassung der Landwirthschaftskammer im Saale der „Sektkellerei" stattgehabte Versammlung, welche von ca. 250 Weinbauinteressenten des Unstrut- und Saale-Thales besucht war, nahm einen überaus günstigen Verlauf. An der sehr lebhaften Besprechung betheiligten sich u. A. die Herren Landesökonomierath v. Mendel-Steinfels, der Kgl. Landrath Bötticher-Querfurt, Baron von Helldorff-Zingst, Dr. Hollrung-Halle, Realschullehrer Mertens-Naumburg, deren Ausführungen darin gipfelten, daß der Weinbau unserer Gegend erhalten werden müsse, da dies gerade das Interesse der kleineren Besitzer erfordere. Die Erfahrung der letzten 10 Jahre habe jedoch bewiesen, daß die Maßnahmen der Königlichen Regierung, die für andere weinbautreibende Provinzen und Länder von Wichtigkeit gewesen sind, hier im Centrum des Weinbau-Gebietes der Provinz Sachsen nicht den gewünschten Erfolg gehabt haben und die Krankheit auf diesem Wege nicht zu bekämpfen sei. Es sei deshalb die Provinz Sachsen aus der internationalen Konvention auszuscheiden und nur Fürsorge zu treffen, daß keine Rebe ausgeführt werde. Bezüglich der Neupflanzungen wurde die amerikanische Rebe als am meisten widerstandsfähig bezeichnet; es gebe jedoch, wie Herr Mertens hervorhob, auch Winzer, die der Ansicht seien, daß die hiesigen Reben bei guter Pflege trotz der Reblaussucht zu Grunde gehen. Seitens eines Mitglieds der Landwirthschaftskammer wird die Erklärung abgegeben, daß die Staatsregierung bereit sei, Rebschulen in großem Maßstabe zur Abgabe an die Winzer um billigen Preis anzulegen, und im Anschluß daran verspricht auch der Kgl. Landrath Bötticher, Mittel seitens des Kreises für den genannten Zweck flüssig zu machen. Einstimmige Annahme fand folgende zum Schluß verlesene Resolution der Landwirthschaftskammer, welche dem Abgeordnetenhause bezw. der Kgl. Regierung übersandt werden soll:

1. Der Weinbau ist aufrecht zu erhalten, da er eine wichtige Erwerbsquelle für die Bewohner des Unstrut- und Saale-Thales bildet.
2. Eine anderweitige Benutzung des Gebietes der Weinberge hat sich als unthunlich erwiesen.
3. Das bisherige Vastationsverfahren hat sich als vollständig wirkungslos erwiesen.
4. Es steht zu befürchten, daß der Weinbau durch das bisherige Verfahren vollständig vernichtet wird; wir bitten deshalb um Einstellung des bisherigen Vastationsverfahrens.
5. Wir halten die amerikanischen Reben als am meisten geeignet zur Neupflanzung.

W. Eisenach, 3. Februar. (Kostenbewilligung für ein Krematorium.) Der Gemeinderath verwilligte in gestriger Sitzung die Summe von 14 800 Mk. zur Errichtung eines Krematoriums auf dem hiesigen Friedhofe.

W. Apolda, 3. Februar. (Wieder Einer!) Der frühere Kassirer der Allgemeinen Ortskrankenkasse, Glasermeister August Keltsch, welcher ca. 4000 Mk. unterschlagen hat, wurde auf Anordnung der Staatsanwaltschaft verhaftet.

Wasserstände.

(+ bedeutet über, — unter Null).

					Fall.	Wuchs
Unstrut.						
Straußfurt	2. Febr.	+ 1,30	3. Febr.	+ 1,25	0,05	—
Saale.						
Halle	3. Febr.	+ 1,84	4. Febr.	+ 1,84	—	—
Trotha	"	+ 1,90	"	+ 1,82	0,08	—
*Alsleben	2. Febr.	+ 1,93	3. Febr.	+ 1,80	0,13	—
*Calbe, Obp.	"	+ 1,64	"	+ 1,60	0,04	—
do. Untp.	"	+ 1,12	"	+ 0,96	0,16	—
Moldau.						
Budweis	1. Febr.	+ 0,06	2. Febr.	+ 0,04	0,02	—
Prag	"	+ 0,16	"	+ 0,15	0,01	—
Havel.						
*Brandenburg	2. Febr.		3. Febr.			
Obervegel	"	+ 2,30	"	+ 2,26	0,04	—
Untervegel	"	+ 1,92	"	+ 1,92	—	—
*Rathenow						
Obervegel	"	+ 1,84	"	+ 1,84	—	—
Untervegel	"	+ 1,50	"	+ 1,50	—	—
*Havelberg	"	+ 2,60	"	+ 2,58	0,02	—
Elbe.						
Pardubitz	1. Febr.	+ 0,20	2. Febr.	+ 0,32	—	0,12
Brandeis		—		—	—	—
Melnik	"	+ 0,08	"	— 0,02	0,10	—
Leitmeritz	"	+ 0,16	"	+ 0,12	0,04	—
Außig	"	+ 0,54	"	+ 0,42	0,12	—
Dresden	2. Febr.	— 0,82	3. Febr.	— 0,92	0,10	—
*Torgau	"	+ 1,34	"	+ 1,26	0,08	—
*Wittenberg	"	+ 2,04	"	+ 2,06	—	0,02
*Roßlau	"	+ 1,41	"	+ 1,30	0,11	—
*Barby	"	+ 2,00	"	+ 1,73	0,17	—
*Magdeburg	"	+ 1,74	"	+ 1,64	0,10	—
*Tangermünde	"	+ 2,54	"	+ 2,44	0,10	—
*Wittenberge	"	+ 2,43	"	+ 2,30	0,13	—
Dömitz	"	+ 2,03	"	+ 1,90	0,13	—
*Lauenburg	"	+ 2,24	"	+ 2,09	0,15	—

*) Beobachtet in der Mittagszeit nach amtlichen Depeschen der Königl. Elbstrom-Bauverwaltung.

Börsen- und Handelstheil.

Vermischte Nachrichten.

Wochenübersicht der Reichsbank vom 31. Januar 1899.

Aktiva.

1. Metallbestand (der Bestand an coursfähigem deutschen Gelde und an Gold in Barren oder ausländischen Münzen) das Pfund fein zu 1392 *M.* berechnet	*M.*	843 060 000	Abn.	9 420 000
2. Best. an Reichskassenscheinen	"	21 328 000	Abn.	103 000
3. do. Noten anderer Banken	"	14 373 000	Zun.	2 961 000
4. do. an Wechseln	"	642 433 000	Zun.	12 105 000
5. do. an Lombardforderungen	"	83 336 000	Zun.	9 203 000
6. do. an Effecten	"	14 330 000	Abn.	253 000
7. do. an sonstigen Aktiven	"	106 041 000	Abn.	11 281 000
Passiva.				
8. das Grundkapital	"	120 000 000	unverändert	
9. der Reservefonds	"	30 000 000	unverändert	
10. der Betr. der umlauf. Noten	"	1 112 196 000	Zun.	15 180 000
11. die sonstigen täglich fälligen Verbindlichkeiten	"	424 230 000	Abn.	12 017 000
12. die sonstigen Passiva	"	38 475 000	Zun.	249 000

Bei den Abrechnungsstellen wurden im Monat Januar 2 589 894 000 Mk. abgerechnet.

Während in der Vorjahrswoche die Ultimoansprüche an die Bank sehr geringfügig waren, nahmen dieselben diesmal einen etwas größeren Umfang an. Der Metallbestand ging um 9,4 Mill. Mk. zurück (1898 1,7 Mill. Mk.). Die Wechsel- und Lombardbestände nahmen um 21,3 Mill. Mk. zu (9,8 Mill. Mk.), wogegen die „sonstigen Aktiven" um 11 Mill. Mk. (17,3 Mill. Mk.) abnahmen. Die Giroeinlagen und Staatsguthaben verminderten sich um 12 Mill. Mk. (7,4 Mill. Mk.), sodaß der Notenumlauf um 15,2 Mill. Mk. zunahm (1898 Abnahme 5,4 Mill. Mk.). Die steuerfreie Notenreserve sank infolgedessen auf 60 Mill. Mk. Dieselbe betrug in der gleichen Vorjahrswoche 148,2 Mill. Mk.

Viehmärkte.

— **Magdeburg,** 3. Februar. (Amtlicher Bericht.) Städtischer Schlacht- und Viehhof. Auftrieb 137 Rinder einschl. 22 Bullen, 177 Kälber, 132 Schafvieh rc., 76 Schweine. Bezahlt für 100 Pfd. Lebendgewicht: **Ochsen:** a. vollfleischige 32—34 *M.*, b. junge, fleischige 29—31 *M.*, c. mäßig bis gut genährte 27—28 *M.*, d. gering genährte 25—26 *M.* **Bullen:** a. vollfleischige 28—30 *M.*, b. mäßig bis gut genährte 26—27 *M.*, c. gering genährte 24—25 *M.* **Färsen und Kühe:** a. vollfleischige Färsen —,— *M.*, b. vollfleischige Kühe 26—28 *M.*, c. ausgemästete Kühe 23—25 *M.*, d. mäßig genährte 22—23 *M.*, e. gering genährte 21—22 *M.* **Kälber:** a. feinste Mast- 44—46 *M.*, b. mittlere 36—43 *M.*, c. geringe 28—35 *M.*, d. ältere, gering genährte —,— *M.* **Schafe:** a. Mastlämmer und jüngere Masthammel 26—28 *M.*, b. ältere Masthammel 23—25 *M.*, c. mäßig genährte —,— *M.* **Schweine:** a. vollfleischige 55 *M.*, b. fleischige 53—54 *M.*, c. gering entwickelte 52—53 *M.*, d. Sauen und Eber 42—50 *M.* bei 40—50 Pfund Tara das Stück, schwere Schweine mit höherer Tara, Sauen und Eber mit 20 pCt. Tara. Tendenz: mittelmäßig. Ueberstand: 10 Rinder, 30 Schweine.

Marktberichte.

Central-Stelle der Preußischen Landwirthschaftskammern.

Notirungs-Stelle.

3. Februar 1899.

a) für inländisches Getreide ist in Mark per Tonne gezahlt worden:

	Weizen	Roggen	Gerste	Hafer
Uckermark	160—165	140	151½	132
Mittelmark, Prignitz	160—152	144—147	142—152	141—146
Neumark	160—162	142—144	150—157	130—132
Lausitz	168	141—144	148—154	140—144
Magdeburg	153—168	145—157	160—178	146—153
Altmark	155—168	142—148	145—162	140—147
Merseburg östl. d. Mulde	155—165	145—157	140—160	133—155
do. westl. d. Mulde	156—174	144—154	158—175	140—148
Erfurt	155—162	150—162	160—180	134—140
Stettin (Bezirk)	159—161	138—144	135—145	122—134
Stolp (Platz)	168	141	—	126
Anklam (Platz)	156	141	139	130
Greifswald (Platz)	156	141	—	127
Danzig	152—166	136—142	125—140	125—129
Thorn	158—160	135—144	—	126—131
Königsberg i. Pr.	153-163½	130—136	136	—
Allenstein	151—156	132-141½	115	120—130
Breslau	149—166	135—145	136—156	123—130
Liegnitz	158—168	136—146	145—156	117—128
Schweidnitz	156—166	138—146	134—150	122—130
Glogau	160—164	141—142	148	130—131
Hirschberg	167—172	138—150	141—160	128—132
Posen	153—163	134—138	130—144	125—130
Bromberg	160	134	128—130	—
Lissa	154—161	133—137	134—140	125—128
Bomst	150—170	130—140	120—140	120—130
Neutomischel	—	145	140	125
Kiel	157½-162	137—148	137½-145	130—135
Marne	158—160	142—144	126—128	138—140
Oldenburg	157	140	140	130
Hadersleben	150—160	137—142	120—135	127—132

b) Nach privater Ermittelung:

Stadt	755 g. p. l.	712 g. p. l.	573 g. p. l.	450 g. p. l.
Berlin	165	148	—	145
Stettin	159	144	145	134
Königsberg i. Pr.	152½	138½	125	126
Breslau	166	145	156	130
Posen	163	138	144	130

c) Weltmarkt

auf Grund heutiger eigener Depeschen, in Mark per Tonne, einschl. Fracht, Zoll und Spesen, aber ausschl. der Qualitäts-Unterschiede.

			am 3. Febr.	am 2. Febr.
Von Newyork nach Berlin Weiz.	loko	82½ Cts.	*M.* 181,75	*M.* 182,00
" Chicago " " "	Mai	73⅝ "	" 175,60	" 176,75
" Liverpool " " "	März	5 sh. 9⅞ d.	" 176,45	" 177,25
" Odessa " " "	loko	89 Kop.	" 17 ,50	" 172,25
" Riga " " "	"	104 Kop.	" 185,00	" 185,00
In Paris . . . . . "	Febr.	21,75 Fr.	" 176,50	" 175,50
Von Amsterdam nach Köln "	März	182 h. fl.	" 169,15	" 168,50
" Newyork nach Berlin Rogg.	loko	66¾ Cts.	" 164,85	" 165 25
" Odessa " " " "		79 "	" 157,00	" 157,50
" Riga " " " "		86 "	" 161,00	" 161,00
" Amsterdam nach Köln "	März	146 h. fl.	" 158,50	" 157,75

— **Halle a. S., 4. Februar. Bericht über Heu und Stroh** mitgetheilt von **Otto Westphal.** Sämmtliche Preise gelten für 50 kg, und zwar bei Partien frei Bahn hier, bei einzelnen Fuhren frei Hof hier.

Roggen-Langstroh (Handdrusch): bei Partien 1,80 *M.*, in einzelnen Fuhren 2,00 *M.*

Maschinenstroh bei Partien: Roggenstroh 1,30 *M.*, Weizenstroh 1,20 *M.*; in einzelnen Fuhren: Roggenstroh 1,80 *M.*, Weizenstroh 1,50 *M.*

Wiesenheu bei Partien: beste Sorten hiesiges oder Thüringer 3,25 *M.*, minderwerthige Sorten 2,00—2,50 *M.*; in einzelnen Fuhren: beste Sorten hiesiges oder Thüringer 3,50 *M.*, minderwerthige Sorten 2,50—3,00 *M.*

Kleeheu bei Partien: erster Schnitt, beste Sorten 3,25 *M.* minderwerthige Sorten 2,50—3,00 *M.*; in einzelnen Fuhren: erster Schnitt, beste Sorten 3,50 *M.*, minderwerthige Sorten 2,50—3,00 *M.*

Torfstreu in 200 Ctr.-Ladungen: frei Bahn hier 1,15 *M.*, in einzelnen Ballen: vom Lager hier 1,50 *M.*

Waaren- und Produktenberichte.

Getreide.

* **Hamburg,** 3. Februar. Weizen loco matt, holstein loco neuer 162—165 Mk., Roggen loco fest, mecklenburg. loco neuer 147—153 Mk., russischer loco fest, loco neuer 120., Mais 106. Gerste still.

* **Wien,** 3. Februar. Weizen per Frühjahr 9,64 Gd., 9,65 Br., — Roggen per Frühjahr 8,20 Gd., 8,21 Br., — Mais per Mai-Juni 5,12 Gd., 5,13 Br., — Hafer per Frühjahr 6,15 Gd., 6,16 Br.

* **Pest,** 3. Febr. Weizen loco behauptet, per März 9,76 Gd., 9,77 Br., per April 9,56 Gd., 9,57 Br., — Roggen pr. März 8,03 Gd., 8,04 Br. — Hafer per März 5,85 Gd., 5,86 Br. — Mais pr. Mai 4,81 Gd., 4,85 Br.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X189902041-10/fragment/page=0003

* **Paris**, 3. Februar. (Anfangsbericht.) Weizen fest, per Februar 21.75, per März 21.85, pr. März-Juni 21.85, per Mai-Aug. 21.80. — Roggen ruhig, pr. Februar 14,40, pr. Mai-Aug. 14.50.

* **Paris**, 3. Februar. (Schlußbericht.) Weizen behpt., pr. Febr. 21,75, pr. März 21.90, per März-Juni 21.90, pr. Mai-Aug. 21,75. — Roggen matt, per Febr. 14.40, per Mai-Aug. 14.50.

* **Antwerpen**, 3. Februar. Weizen ruhig. — Roggen fest. — Hafer bhpt. — Gerste behauptet.

* **Amsterdam**, 3. Februar. Weizen auf Termine stetig do. pr. per März 182, pr. Mai 182. Roggen loco —, do. auf Termine flau. pr. März 146, per Mai 140, pr. Mai-Aug. —, per Juli —, per Oktbr. 127.

* **London**, 3. Febr. An der Küste 2 Weizenladung angeboten.

* **New-York**, 3. Februar. (Telegramm.) Rother Winterweizen —, Weizen loco 82, per Februar —, per März 80, per Mai 77, per Juli 75¼. — Mais per März — per Mai $42^{3}/_{8}$. pr. Juli $43^{1}/_{4}$. — Mehl 2,80, Getreidefracht 2.

* **Chicago**, 3. Februar. (Telegr.) Weizen per März —, per Mai 73. — Mais per Febr. $36^{5}/_{8}$.

Zucker.

* **Hamburg**, 3. Februar. (Schlußbericht.) Rüben-Rohzucker I. Produkt Basis 88% Rendement neue Usance, frei an Bord Hamburg pr. Februar 9,85, pr. März 9,82½, pr. Mai 9,80, pr. August 9,95, pr. Okt. 9,37½, pr. Dzbr. 9,35. Stetig.

* **London**, 3. Februar. 96 Proz. Javazucker loco $11^{1}/_{4}$ stetig, Rüben-Rohzucker loco $9^{7}/_{8}$ stetig.

Kaffee.

* **Hamburg**, 3. Februar. (Anfangsbericht.) Kaffee, Good average Santos. März 31.75 G., Mai 32.25, Septbr. 33.00 G., Dezbr. 33.50 G., Alles Geld.

* **Hamburg**, 3. Februar. (Schlußbericht.) Kaffee. Nur für Good average Santos, März 32.00 G., Mai 32.50 G., Septbr. 33.25 G., Dezbr. 33.50 G.

* **Havre**, 3. Febr. (Anfangsbericht.) Kaffee in New-York schloß mit 0 Points Baisse. Rio —,— Sack, Santos —,— Sack. Recettes für zwei Tage.

* **Havre**, 3. Febr. (Schlußbericht.) Kaffee good average Santos Febr. 38.25, März 38.50, Mai 39.00. Tendenz: Ruhig.

* **Amsterdam**, 3. Februar. Java-Kaffee good ordinary 31.

Petroleum.

* **Bremen**, 3. Februar. Petroleum. Faß zollfrei. Standard white loco 6.95 Br.

* **Hamburg**, 3. Februar. Petroleum ruhig. Standard white loco 6.85 Br.

* **Antwerpen**, 3. Februar. (Schlußbericht.) Raffinirtes Type weiß loco 19, bez. u. Br., per Dzbr. 19 Br., Jan. $19^{1}/_{8}$ Br., März $19^{1}/_{8}$ Br. Tendenz: Fest.

Spiritus.

* **Nordhausen**, 3. Februar. Branntwein 45 Vol. % für 100 Kilogr. ohne Faß ab Brennerei 62,00—64,00 Mk., Branntwein 40 Vol. % für 100 Kilogr. desgl. 56,00 bis 58,00 Mk., nach Angabe der Kommission der hiesigen Branntweinfabrikanten durch die Handelskammer notirt.

* **Berlin**, 3. Februar. Spiritus loco ohne Faß mit 70 Mark Verbrauchsabgabe ist heute von den Cursmaklern mit 39.60 Mk. gehandelt worden, 50er Waare mit —.— Mk.

* **Breslau**, 3. Februar. Spiritus per 100 Liter 100 Prozent excl. 50 Mk. Verbrauchsabgabe per Febr. 57.30 G., do. 70 Mk. Verbrauchsabgabe per Febr. 37.80 Br.

* **Stettin**, 3. Februar. Spiritus loco ohne Faß mit 70 Mk. Konsumsteuer 39.10 Br.

* **Hamburg**, 3. Februar. Spiritus befest. Febr. 20 G., Februar-März 19½ G., März-April 19 G., April-Mai $18^{3}/_{4}$ G.

* **Paris**, 3. Februar. (Anfangsbericht.) Spiritus behauptet, Febr. 49.75 G., März 50,00, Mai-August 51.00 G., September-Dezbr. 44,75 G.

Oele. Oelsaaten. Fettwaaren.

* **Hamburg**, 3. Febr. Rüböl (unverzollt), ruh., loco 46,50 Br.

* **Köln**, 3. Febr. Rüböl loco 53.50, Janr. 50,80.

* **Paris**, 3. Febr. (Schlußbericht.) Rüböl ruhig. Febr. 49.50, März 50,00, März-April 50.25, Mai-August 51.00.

Hülsenfrüchte.

* **Nordhausen**, 2. Februar. Kochlinsen 18,00—30,00 Mk., Kocherbsen 15,00—19,00 Mk. Speisebohnen 18—20 Mk. per 100 kg.

Kartoffeln. Stärke. Kartoffelmehl.

* **Berlin**, 3. Februar. (Amtlich.) Trockene Kartoffelstärke 21,75 Mk., Kartoffelmehl 21,75 Mk., feuchte Stärke 11,60 Mk.

* **Nordhausen**, 2. Februar. Kartoffeln 4,00—4,50 M. p. 100 kg

* **Hamburg**, 2. Februar. Kartoffelstärke, prima Waare prompt $20^{1}/_{2}$—21 Mk., Lieferung März-April $20^{1}/_{2}$—21 Mk., Kartoffelmehl, prima Waare prompt $21^{1}/_{2}$—22 Mk., Liefer. März-April $21^{1}/_{2}$ bis 22 Mk., Superior-Stärke $21^{1}/_{4}$—$21^{3}/_{4}$ Mk., Superior-Mehl 22 bis $22^{1}/_{2}$ Mk. per 100 Kilogramm.

Fleisch. Butter. Eier. Käse.

* **Nordhausen**, 2. Februar. Rindfleisch 1,20—1,40 Mk., von der Keule, ohne Knochen 1,60 Mk. Schweinefleisch 1,40—1,60 Mk., geräucherter Speck 1,60—1,80 Mk. Hammelfleisch 1,10—1,20 Mk., Kalbfleisch 1,10—1,20 Mk., Landbutter 1,60 Mk., Speisebutter 2,00 bis 2,20 Mk., feinste Gutsbutter 2,30—2,40 Mk., Eier 1,20—1,27 Mk. pr. 1 Kilogramm. Eier 3,60—3,80 Mk., Käse 4,00—5,00 Mk. per Schock.

* **Hamburg**, 2. Februar. Schmalz. Amerik. Steam 29 Mk., do. raff. in Tierces Marke Armour's Special $30^{3}/_{4}$ Mk., do. do. Chamberlain, Roe u. Co. 31 Mk., do. do. Choice Grocery 31 Mk., div. Marken $29^{3}/_{4}$—$30^{1}/_{4}$ Mk. Alles per 50 Klgr. netto transito.

Fische.

* **Hamburg**, 2. Februar. Steinbutt 115 Pfg., kleine 75 Pfg., Seezungen 130 Pfg., kleine 90 Pfg., Kleiße, große 70 Pfg., kleine 35 Pfg., Rothzungen 50 Pfg., Zander 60 Pfg., Schollen große 35 Pfg., mittel 40 Pfg., kleine 25 Pfg., Schellfische, große 25 Pfg., mittel 14 Pfg., kleine 12 Pfg., Lachs, rothfl. 350 Pfg., Silberlachs — Pfg., Lachsforellen 220 Pfg., Flußhechte 60 Pfg., Seehechte — Pfg., Hummern, lebende 250 Pfg., Cabliau, große 18 Pfg., kleine 8 Pfg., Lengfisch 12 Pfg., Rochen 12 Pfg., Blaufisch 12 Pfg., Schnepel 35 Pfg.

Stroh. Heu.

* **Nordhausen**, 2. Februar. Richtstroh 2,50—3,00 Mk., Heu 4,50—5,50 Mk., für 100 Kilogramm.

Baumwolle und Wolle.

* **Leipzig**, 3. Februar. Kammzug-Terminhandel. La Plata. Grundmuster B., per Februar 3,95 Mk., per März $3,92^{1}/_{2}$ Mk., per April $3,92^{1}/_{2}$ Mk., per Mai $3,92^{1}/_{2}$ Mk., per Juni $3,92^{1}/_{2}$ Mk., per Juli $3,92^{1}/_{2}$ Mk., per August 3,90 Mk., per Sept. $3,87^{1}/_{2}$ Mk., per Oktober 3,85 Mk., per November 3,85 Mk., per Dezember 3,85 Mk., per Januar 3,85 Mk. Umsatz 60 000 Kilogramm. Tendenz: Schwach.

* **Bremen**, 3. Februar. Baumwolle. Ruhig. Upland middling loco 31,00 Pfg.

* **Liverpool**, 3. Februar. (Schlußbericht.) Baumwolle. Umsatz 8 000 Ballen, davon für Spekulation und Export 1000 Ballen. Middling amerikanische Lieferungen: Stetig.

Per	Febr.-März $3^{13}/_{64}$	Käuferpreis,	Per	Juli-August $3^{17}/_{64}$	Verk.-Preis,
"	März-April $3^{14}/_{64}$	Käuferpreis,	"	Aug.-Sept. $3^{17}/_{64}$	Verk.-Preis,
"	April-Mai $3^{15}/_{64}$	Verk.-Preis,	"	Sept.-Okt. $3^{17}/_{64}$	Verk.-Preis,
"	Mai-Juni $3^{16}/_{64}$	Verk.-Preis,	"	Okt.-Nov. $3^{17}/_{64}$	Verk.-Preis,
"	Juni-Juli $3^{16}/_{64}$	Verk.-Preis,	"	Nov.-Dez. $3^{17}/_{64}$	Verk.-Preis.

Metalle.

* **Amsterdam**, 3. Februar. Bancazinn 68.

* **London**, 3. Februar. Silber $27^{3}/_{8}$ Lstrl., Chili-Kupfer 74 Lstrl., per 3 Monate $73^{1}/_{2}$ Lstrl., Blei span. $14^{3}/_{4}$ Lstrl, engl. 15 Lstrl., Zinn $111^{7}/_{8}$ Lstrl., Zink $26^{3}/_{4}$ Lstrl.

* **Glasgow**, 3. Februar. (Schlußbericht.) Roheisen. Mixed numbers warrants 55 sh 3 d.

Düngemittel.

* **Hamburg**, 31. Januar. (Chilisalpeter.) Loco 7,3 Mk.

* **Rio de Janeiro**, 1. Februar. Wechsel auf London $7^{3}/_{8}$.

* **Buenos Ayres**, 1. Februar. Goldagio 115,80.

Verantwortlich für die Redaktion **Dr. Walther Gebensleben**, Halle. Sprechstunden der Redaktion von 9 bis 12 Uhr Vormittags. Alle die Redaktion betreffenden Zuschriften sind nicht persönlich, sondern lediglich **„An die Redaktion der Halleschen Zeitung in Halle a. S."** zu adressiren. Für die Inserate verantwortlich **B. Hendel**, Halle a. S.

Coursnotirungen
der Berliner Börse vom 3. Februar.
(Ergänzungs-Course.)

Deutsche Fonds und Staatspapiere.

	Zinsfuß	
Badische Staatsanleihe	3½	—,—
Bad. Präm.-Anleihe 1867	4	151.20bz
Baierische Präm.-Anleihe	4	177 90bz
Barmer Stadtanleihe	3½	—,—
Berliner Stadt-Oblig.	3½	99 80G
do. do 1892	3½	99.80G
Braunschw. 20 Thlr.-Loose	—	125 00bz
Hallesche Staatsanleihe	3½	—,—
Hamb. 50 Thlr.-Loose	3	133 25bz G
Köln-Mind. Pr.-Anth.	3½	138.50bz G
Lübecker	3	133.10bz
Magdeb. St.-An.	3½	—,—
Meininger 7 fl.-Loose	—	24.50bz
Oldenb. 40 Thlr.-Loose	3	133.00bz
Westpr. Prov.-An.	3½	99.00G

Ausländische Fonds.

	Zinsfuß	
Barletta 100 Lire-Loose	—	27.00G
Bukar. Stadt-Anl. 1884	4½	98.75bz G
do. do 1885	4½	98.75bz G
Chinen. Gold-Anleihe 1889	4½	80.90bz G
Chin. Staatsanl.	5½	103.30G
do. v. 95	6	105.80G
do. v. 96	5	99.40bz
do. v. 98	4½	86.20B
Egyptische priv. Anleihe	3½	—,—
do. do. do.	4	—,—
Freiburger 15 Fres.-Loose	—	26.75bz G
Ital. Nat.-Pfd. stfr.	4	95 50G
Kopenhag. Stadt-Anl.	3½	98.10G
Mexikaner Anl.	6	100.20bz
do. do.	5	97.90bz
Norw. Staatsanl. 88	3	—,—
Ostafr. Zoll-Obl.	4	107.50bz
Oesterr.		
do. Cred. 100, 58	—	349 00bz
do. 1860er Loose	4	147.90bz
do. 1864er Loose	—	333 00bz G
Rumänische 5% Anl. 81 fd.	5	—,—
do. 4%	4	92.70B
Russische Präm.-Anl. 1864	5	295.10bz
do. do. 1866	5	273.50B
do. Goldrente 1884	5	—,—
do. Nicolai-Oblig.	4	—,—
do. Boden-Kredit	5	—,—
do. $3^{8}/_{10}$ do. gar.	$3^{8}/_{10}$	99.30bz B
Spanische Schuld abgest.	4	53.75bz G
Schwedische St.-Anl. 1886	3½	101 00G
do. do. 1890	3½	—,—
do. Hyp.-Pfdbr. 1878	4	103.90G
Türkische Anleihe D.	1	23.50bz G
Türkische Administr.	5	99.30bz
do. Zoll-Oblig.	5	—,—
do. 400 Fres.-Loose	fr.	114.90bz
Ungarische Gold I A.	4½	101.70bz G
do. Kr.-R.	4	98.00bz
do. Staatsr. 97	3½	88.00bz

Deutsche Hypotheken-Pfandbriefe.

	Zinsfuß	
Anh.-Dessauer Pfandbr.	3½	100 50B
Deutsch. Gr.-Kr.-Präm. I.	3½	124.25B
do. Abth. V rz. 100	3½	96.75B
D. Gr.-K.-B. III. rz. 110.	3½	102.60B
do. IV. rz. 110.	3½	102.60G
do. V. rz. 100.	3½	96.75G
do. VI. ukb. b. 1900	4	100.40G
Deutsch. Grundsch. Obl.	4	100.00bz G
do. do. do.	3½	97.00bz G
Deutsch. Hyp. B.-Pfdbr.	3½	96.70G
D.G.B.-Creditunkb. b. 1903	4	101.60G
Hamb. Hyp. rzb. à 100	3½	96.50bz
do. unkündb. bis 1900	3½	100.25bz
Hamb. Hyp.-Bank-Pfd. unk. bis 1905	3½	97.50bz
Hann. Bod.-Pf. I unk. b. 1904	3¾	101.00G
do. do. II	3½	99.00G
Meininger Hyp.-Pfdb.	3½	97.10bz G
do. H. unkündb. b. 1900	4	100.50bz G
do. Präm.-Pfdb.	4	140.00bz G
Nordd. Gr.-Cred. Pfdb.	4	98.00G
Nordd. Gr.-Credit-Pfdbr. IV V unkbar bis 1903	4	100.40B
Pomm. Hyp.-B. III., IV. neue rz. 100	3½	100.00bz G
do. V., VI. b. 1900 unk.	4	100.75bz G
do. Hyp.-Pfdbr. VIII	4	101.25bz G
Pr.B.-C.Pfd. I., II. rz. 110	5	113.10B
do. III., V., VIII. rz. 100	3½	107.75B
do. VII., VIII., IX. rz. 100	3½	97.25B
do. XI. rz. 100	3½	97.00G
do. XIII. rz. 100	4	100.40G
do. XIV. rz. 100	4	102.25G
Ctr. Pr.-B.-Pfd. 1886 u. 89	3½	96.90bz G
" 1894 unk b. 1900	3½	96.90bz G
" 1896 unk. b. 1906	3½	98.00bz G
" 1890 unk. b. 1900	4	100.50G
" 1899 unverloosbar	4	—,—
" Comm.-Obl. 1887/91	3½	95.60bz G
" " 1896 unk. b. 1906	3½	93.00bz G

	Zinsfuß	
Pr. Centrb.-Pfdb. 1900	3½	96.60bz G
do. do. 1906	3½	98.20bz G
Pr. Centr.-Komm.-Obl.	3½	98.25bz G
Pr. Hyp.-A.-B. VIII.-XII.	4	100.00bz G
do. do. XV.-XVIII., unk.	4	100.50bz B
Pr. Hyp.-A.-B. bis 1905	4	102.00bz G
Pr. Hyp.-B.-A.-G. Certif.	3½	96.60B
Allg. Kleinb.-Oblg. bis 1904	4	98.50G
Pr. Comm.-Oblg. bis 1907	3½	98 50G
Rhein. Hyp.-Pfd.	3½	96.00B
do. do.	4	101.40B
Schles. Bod.-Cred.-B.	5	—,—
do. do. do. rz. à 110	4½	—,—
do. do. do. rz. à 100	4	100.40G
do. do. do. unk. b. 1903	4	101.20G
do. do. do. rz. à 100	3½	96.60B
Sächsische	3½	99.50B
do.	3	100.50B
Rentenbriefe: Westpr.	—	—,—
Pommersche	3½	99.20G
Posensche	3½	99.30G
Preußische	3½	99.40G
Sächsische	4	102.60G
Schlesische	3½	—,—

Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen.

	Zinsfuß	
Anatolische	5	100.00bz G
Albrechtsbahn	4	—,—
Berg.-Märk. III. A. B.	3½	99.10bz G
do. III. C.	3½	99.10bz G
Braunschweigische Landes	3½	—,—
Böhm. Nordb. Gold-Obl.	4	100.80bz G
Central-Pacific	5	110.00bz G
Dux-Bodenbacher II.	5	—,—
do. III.	5	—,—
do. Silber-Obl.	4	99.10G
do. Gold-Obl.	4	100 40bz
Dux-Prager Gold-Obl.	5	—,—
Galiz. Karl-Ludwig 1890	4	99.60B
Gr Russ. Eisenb.-Gesellschaft	3	—,—
Jvangorod-Dombrowo	4½	103.50G
Ital. Eisenb.-Obl. v. St. gar.	3	59.90bz G
do. Mittelmeerbahn stfr.	4	97 60bz G
Kasch.-Oderberg Gold-Obl.	4	100.70B
do. Silber-Obl.	4	99 10G
Kronprinz Rudolfsbahn	4	99.50B
do. (Salzkammergut)	4	101.50G
Koslo v.-Woron. 1889	4	100.70B
Kursk. Charl.-Asow 1889	4	—,—
Kursk-Kiew	4	101.25bz B
Lemberg-Czernowitzer	4	98.80G
Lübeck-Büchen. gar.	4	—,—
Magdeburg-Wittenberg	3	92 75bz G
Manitoba	4½	112 80G
Mecklenb. Friedr. Frzb.	3½	—,—
Moskau-Kursk	4	—,—
Mosko-Rjäsan	4	101.50bz B
Mosko-Smolensk	4	100.90bz B
Northern-Pac. I. bis 1921	6	—,—
do II. bis 1933	4	102.70bz G
do. III. rz. 1937	3	68 70bz G
Oreg. Railw. u. N., 1925	4	101 50bz G
Orel Griäst 1889	4	100.60G
Ostpreußische Südbahn	3½	—,—
Oest.-Ung. Staatsb., alte	3	94.80bz G
do. do. 1874	3	93.40G
do. do. 1885	3	90 60G
do. do. Ergänz.	3	93.50bz G
do. do. G.-Ob.	4	101.70G
Oesterr. Lokalbahn	4	100.30B
do. Nordwestbahn gar.	5	110.30G
Pilsen-Priesen	4	—,—
Portug. Eisenb.-Obl. 1886	3	67 00G
do. 1889	4½	82.00G
Rjäsan-Koslow	4	101.00bz
Russ. Südwestbahn	4	101.60B
Oester. Südbahn (Lomb.)	3	76.50bz G
do. Gold-Obl.	4	106.80bz G
St. Louis u. S. Fr., rz 1931	6	122.80B
do. do. 1931	5	108.25bz G
Serb. Eisenb.-Hyp.-Obl. A.	—	—,—
do. do. Lit. B.	—	—,—
Schweizer Centralbahn 1880	4	141 50G
do. Nordostbahn	4	100.75bz
Transkaukasische	3	—,—
Ungar.-Galiz. (gar.)	5	—,—
Warschau-Wiener 10er	4	—,—
do. 5er	4	—,—
do. 1er	4	—,—
Werrabahn	4	—,—
Wladikawkas unkdb. bis 1906	4	—,—
Wladikawkas	4	100.90bz G
Wilhelm-Luxemburg	3	—,—
Zarskoje-Selo	5	—,—

Eisenbahn-Stamm-Prioritäts-Aktien.

Dividende	1897	
Arad.-Czanad	6	120.00B
Breslau-Warschau	3⅓	97.50bz B
Dortmund-Gronau	7	166.00bz G
Marienburg-Mlawka	5	—,—
Ostpreußische Südbahn	5	116.90B

Eisenbahn-Stamm-Aktien.

Dividende	1897	
Aachen-Mastricht	3	117.00bz G
Crefelder	4⅘	113.50bz G
Crefeld-Uerdinger	7	—,—
Eutin-Lübeck	2	60 90bz
Frankfurt Güterbahn	6¼	103.90bz B
Halberstadt-Blankenburg	6	—,—
Jura-Simpl. tv. Weitbahn	4	88.25B
Jvangor-Dombrowo	5	108 40bz
Kursk-Kiew	5	—,—
Lemberg-Czernowitz	6½	147 00G
Lüttich-Limburg	1,1	—,—
Ludwigshafen-Bexbach	11	—,—
Oesterr. Nordwestb.	5	—,—
do. B. Elbethalb.	5½	—,—
Raab-Oedenburg	1⅛	45 00bz G
Reichenberg-Pardubitz	$4^{2}/_{7}$	97 20bz

Bank-Aktien.

Dividende	1897	
Bank der Berliner Kassenv.	6⅚	144 00bz G
Bank für Sprit und Prod.	2½	73.50bz G
Barmer Bankverein	7½	135.75bz G
Berg-Märk. B. i. Ebf.	7½	160.90B
Braunschweiger Bank	5¼	117 50bz G
Cob.-Goth. Credit-Gesell.	4½	98.30G
Cöln W. & Comm.	5½	105.25bz G
Danziger Privatbank	6¾	138.00bz
Deutsche Effekt.-B (Hahn)	7	123.90G
do. Hypoth.-B. (Berl.)	6	117.25bz G
Deutsche Grundschuld	7	127.20B
Deutsche Nationalbank	7	123 25G
Dresdner Bankverein	7	116.75bz G
Essener Credit	7½	133.75bz G
Gothaer Privatbank	6½	131.20G
do. Grundkreditb.	4	135.80bz G
do. do. junge	4	125.25bz G
Hannoversche Bank	6	129.25bz G
Hamburger Hyp.-Bank	8	154 75G
Hamb. Com.- u. Disk.-Bank	8	124.50bz
Königsberger Vereinsbank	6	114.50bz G
Lübecker Commerzbank	7⅔	142.75B
Mecklenburger Hypotheken.	10	183 50bz G
Norddeutsche Grund-Credit	4½	97.00bz G
Oldenbrg. Spar- u. Leihbank	9	—
Preuß. Jmmob. M. v. St.	fr.	101.50G
do. Leihhaus konv.	5½	105.25B
Pr. Hyp.-B. (Spielb.)	6½	132.20bz B
Preußische Pfandbr.-Bank	6½	122 50bz G
Realkreditbank	0	25.30B
Westfälische Bank	6	125.75B
Wiener Bankverein	7½	—,—
Wiener Unionbank	8	—,—

Obligationen industrieller Gesellschaften.

	Zinsfuß	
Allgem. Elktr.-Gesellschaft.	4	101.50B
Aschersiebener Kali	4	151.00bz G
Bochumer Gußstahl	4	104.00B
Dessauer Gas	4½	107.10bz G
Dortmunder Union	5	111.25bz
Gr. Berliner Pferdeb.	3½	99.30B
Hamburger Packetfahrt	4	123.90bz
Henckel-Obligationen	3½	104.75B
Hibernia	4	100.50B
Laurahütte	3½	95.50B
Naphta-Obligationen	4½	100.60bz G
Norddeutscher Lloyd	4	115.40bz G
Oberschlef. Eisenbahnbedarf	4	—,—
do. Eisen-Industrie	4	100.10B
Thale-Eisenwerk	4	101 00B
Zoologischer Garten	4	101.75G

Bergwerks- und Hütten-Aktien.

Dividende	1897	
Arenberger Bergwerk	60	895.00bz G
Aplerbeck	4	148.00bz G
Barover Walzwerk	0	83.80bz
Berzelius	6	138.00bz G
Braunschw. Kohlenwerke	7	143.00bz G
do. St.-Pr.	8	157 00bz G
Concordia-Bergwerk	19	266.00bz G
Consolidat. Bergw.-G.	18	300.00bz G
Consol. Marienhütte	6½	103.75G
Consol. Redenb. St.-Pr.	3	85.90bz G
Duxer Kohlen kon	10	150.75B
Eintracht	10	164.70B
Eschweiler Bergwerk	15	214.25bz G
Gelsenkirchener Gußstahl	12	208.00bz B
Georg-Marien St.-A.	3	145.25bz
do. St.-Pr.	5	156.50bz
Hagener Gußstahl	6½	143.50bz G
Harzer Eisenwerke konv.	3	162 50bz B
do. do. St.-Pr.	2¼	—,—
Jnowrazlaw, Steinsalz-B.	3¾	72.00bz G
Kattowitzer	12	205.00bz G
Königin-Marienhütte	5	92.25B
König Wilhelm konv.	15	221.00bz G
König Wilhelm St.-Pr.	20	281.00bz G
Leopoldsgrube Edderitz	5½	105.25bz G
Magdeburg-Bergwerk	30	416.00G
Marienhütte Kotzenau	3½	95.40bz
Mend & Schwert St.-Pr.	2	95.50bz B
Rhein. Anthr.-Kohlen	5	117.00bz G
Rhein.-Nassauische Bergbau	7½	223.75bz G
Rhein. Stahl Lit. C.	15	233.70bz G
Stadtberger Hütte	6½	159.00bz G
Wurm-Revier	7½	132.00bz B

Industrie-Aktien.

Dividende	1897	
Admiralsgarten-Bau	4	82.00bz G
Annaburger Steingut	14	178.50bz B
Archimedes	10	219 10B
Bazar	12½	1185G
Berliner Lagerhof	2	—,—
do. do. St.-Pr.	2	—,—
Baugesellsch. Bau-Ausführung	5½	98 25bz G
Berl.-Charlottenburg	—	654.00B
do. Neustadt	—	113 00bz G
Passage konv.	—	86.80bz
B.-Wilmersdorf	—	1019bz
Berlin-Anh. Maschinen	13½	224 00bz
Berliner Bockbrauerei	10	193.50bz G
do. Brauerei Königst.	7½	121 25G
Bresl. Eisenb. W Linke	15	287 10bz G
Breslauer Oelwerke	5½	90.00 G
Braunschweiger Jute	16	201 00bz
Butzke, Metallindustrie	5	124.10bz G
Cementbaugef. Berlin	0	165.75G
Charlottenbg. Wasserwerk	11	294 00bz G
Chem. Fabrik Schering	7½	181 00bz G
Chemn. Masch. Zimm.	12	192 00bz B
Danziger Oelmühle	0	73 50bz
Dessauer Gas	11	215.00B
Deutsche Gasglühl.-Ges	60	434 00bz G
Deutsche Jutespinnerei	10	158.75bz G
Düsseldorfer Waggon	18	282 50bz G
Erdmannsdorfer Spinn.	2	78.50bz G
Elberfelder Farbenfabrik	18	318.00bz G
Freund Masch. konv.	16	392 25bz
Frister & Roßmann konv.	0	67 00bz G
Gummifabr. Fonrobert	7½	114.00G
do. Voigt & Winde	6	117.25G
do. Volpi & Schlüter	0	68 75bz
Harburg-Wien Gummi	29	339 25bz G
Herkort St.-Pr. konv.	6	—,—
do. Brückenbau konv.	7	129.75bz G
do. do. St.-Pr.	8	154.50bz G
Hirschberger Maschinen	7	129.00bz G
Kaiserhof konv.	4	90.75bz G
Kepling & Th. Eisengief.	6	121.80G
Kurfürstendamm-Gesellsch.	—	875.00B
La Veloce Ital D	0	79.75bz G
Ludwig Löwe & Co.	24	443,00bz G
Magdeburger Baubank	1½	94.60bz G
do. Pferdebahn	9	200.50bz
Masch. Breuer	8	147 50bz G
Neuroder Kunstanstalt	9	147.25B
Neuß, Wagenbau	—	475,00G

Dividende	1897	
Nordd. Eiswerke	3	102 75bz G
Omnibusgesellschaft	10	217.00bz G
Oppelner Portland-Cement	11	186.60bz G
Pferdebahn-Gesellschaften:		
Braunschweiger	6	—,—
Breslauer	12	316.00bz B
Stettiner	5	173 75B
Saline Salzungen	2½	86 00G
Schäffer & Walcker	1	85.00bz G
Schlesische Cement	14½	240 25bz G
Stettiner Cham. Didier	20	440.00bz G
Stralsund. Spielkart. St.-P.	7	127,75B
Vereinsbrauerei Artern	4½	101.50G
Ver Köln.-Rottw. Pulv.	15	225.90bz
Westf. Drahtindustrie	12	162.00bz G
do. Stahlwerke	15	220.00bz G
Wilhelmshütte	1½	78 00bz G
Wittener Guß	10	242.25bz G
Zuckerfabrik Fraustadt	4	112.50bz G

Diskont.

Berlin 5. Lombard 6. Amsterdam 2½. Brüssel 3½. Italien. Plätze 5. Kopenhagen 5. Lissabon 4. London 3½.

Madrid 5. Paris 3. Petersbg. u. Warschau 5½. Schweiz 5. Skandinavische Plätze 5½. Wien 5.

Umrechnungs-Course.

1 Fl. österr. = 1,70 Mk., 1 Fl. holländ. = 1,70 Mk. 1 Dollar = 4,25 Mk. 1 Gold-Rubel = 3,20 Mk. 1 Fres. = 0,80 Mk. 1 Lstr. = 20 Mk.

Gold-, Silber- und Papiergeld.

Cours in Mark.

Dollars	per St.	—,—
Ducaten	per St.	—,—
Imperials	per St.	—,—
Napoleonsd'or	per St.	—,—
Sovereigns	per St.	20.39G
Englische Banknoten	per Lstr.	20.41bz
Franz. Banknoten	per 100 Fres.	81 25bz
Oesterr. Banknoten	per 100 Fl.	169,55bz
do. Silbercoup. (Berlin einlösb.)		169,25
Russische Banknoten	per 100 Rb.	216,40bz

Leipziger Börse vom 3. Februar.

	Zinsfuß		
Sächs. Rent.-Anl.	3	5000 5000	91,85B
do.	3	1000	91,85B
do.	3	500	92.00bz
		Thlr.	
Staatsanl. 1855	3	100	93.50G
do. 67 ko. 4%	3½	500	100.00B
Landrentenbr.	3⅓	500	98.00B
		Mk.	
Mansf. Gew. 1882	4	500	100.75G
do. 1879	4		100.50G
do. Em. 1875	4		100.50B
Leipz. Stadtobl. 1884	3½		99,50bz
do. 1876	3½		99.50bz
Altb. Landobl.	3½	1000	100.50B
do.	3½	5000	100.50B

Eisenbahn-Stamm-Aktien.

Dividende	1897	
Außig-Tepl. 500 fl.	15	323.75G
Böhm. Nordbahn	7⅔	168.00G
Buschtiehrad. Lit. A.	$14^{4}/_{7}$	—,—
do do. B.	13	325.00B
Galiz K.-Ldw.-B	10	—,—
Graz-Köflach	6½	141.50B
Marienburg-Mlawka	2¼	83.00B

Eisenbahn-St.-P.-Aktien.

Dividende	1897	
Dux-Bodenbach Lit. A.	5	—,—
do. do. B.	5	—,—
Marienburg-Mlawka	5	—,—

Bank- und Kredit-Aktien.

Dividende	1897	
Allg. D. Kr.-A. Lpz.	11	203.50bz G
Dresdner Bank	9	167.00B
Gothaer Privatbank	6½	132.00B
Leipziger Bank	10	185.00bz G
Leipziger Hypoth.-Bank	8	149,75B
Sächs. Bank	6⅛	135.25B
Zwickauer	6½	116.50B

Ind.-Aktien, Pr. u. Stamm-Prior.

Dividende	1897	
Chemn. Werkz.-M.-Fabr. (Zimmermann)	9	192.00bz B
Cröllw. Papierfabrik (1897)	24	—,—
do. 4% Schuldverschr.	4	101.50G
Dörstewitz	4	77.00G

Dividende	1897	
D. W. M. (Sondermann & Stier) Vorz.-A.	5	143.50G
Geraer Jutesp. u. W.	20	270.00G
Germania (Schw. & Sohn)	9	157,25B
Gersd. Stkb. V. St. A.	27	465.00B
do. do. Pr.-A. I	61½	950.00B
do. do. do. II	57	852.00B
Hall'sche Str.-B.	1	109.00B
Kette Elbs.-G.-Akt	2	75.00G
Körbisd. Zuckerfb.	6	118.75B
Leipziger Gr. elektr. Straßb	8	212.50bz G
Leipziger Wollkämmerei	0	130.00G
Bank f. Grundbes. Leipzig	6	135.75bz G
Leipziger Baubank	5	105.00B
do. Elektr. Werke	5½	120.00G
do. elektr. Straßenb.	4	141.00bz G
do. Bierbr. Reudnitz, v. Riebeck & Co.	10	204.50G
do. Kammgarnspinn.	10	—,—
do. Malzf. Schkeuditz	11	176.00G
Mansfelder Kuxe	40	1060bz G
Sächs. Kammgarnspinnerei (Solbrig)	0	83.50B
do. Masch.-Fabr. (Harm.)	7	172.00B
do. Webst.-F. (Schönherr)	15	239.00G
Thür. Gasges. Leipz.	12	230.00G
do. Stamm-Pr.	12	230.00G
S.-Thür. Br.-B. St.	7½	137.00B
do. St.-Prior.	7½	140.00G
Zeitzer Par. u. S.-A	6½	118.00B
do. do. Oblig.	5	101.00G
Zuckerfabr. Glauzig	6⅔	118.50G
Zuckerraff. Halle	5½	122.00B

Ausländische Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen.

	Zinsfuß	
Aussig-Teplitzer	3½	97.50B
Böhm. Nordbahn	5	101.00B
do. do. Gold	4	—,—
Buschtiehr. 1896 (stfr.)	4	100.25G
do. do.	4	100.25G
do. Em. 1868/71/72	5	106.00G
Dux-Bodenbach	4	100.40B
do. Em 1871	5	108.75G
do do. 1874 Gold	5	110.25G
Graz-Köflacher	4½	100.50G
do. Em von 1871 u. 72	5	102.75G
Kaschau-Oderberg	4	99.10G
Prag-Dux Gold	5	107.30G

Mit 1 Beilage.

Druck und Verlag von Otto Thiele, Halle (Saale), Leipzigerstraße 87.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X189902041-10/fragment/page=0004